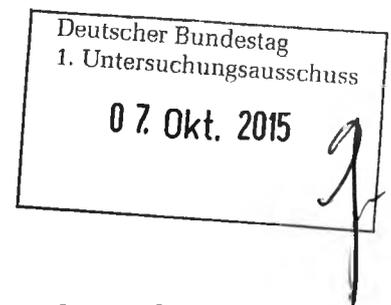


MAT A SV-8a

zu A-Drs.: 71



Die parlamentarische, öffentliche und wissenschaftliche Debatte in Kanada zu den Fragen der Tätigkeit der kanadischen Nachrichtendienste, deren parlamentarischer Kontrolle und des Schutzes der Privatheit seit den Enthüllungen von Edward Snowden

Gutachten

im Auftrag des

1. Untersuchungsausschusses („NSA“) des Deutschen Bundestages

Prof. Dr. Peter A. Kraus

Sebastian Geßler, M.A.

Universität Augsburg, Institut für Kanada-Studien

5. Oktober 2015

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	2
1 Einleitung	3
2 Das kanadische Geheimdienstsystem: ein Überblick	6
2.1 Das politische System Kanadas und der Aufbau der Geheimdienste und der Polizei	6
2.2 Geheimdienstliche Untersuchungsausschüsse seit 1977	10
2.3 Das System der Geheimdienstkontrolle	12
2.4 Datenschutz und Überwachung	14
3 Analyse der Debatte über Tätigkeiten und Kontrolle der Geheimdienste und über den Datenschutz	15
3.1 Inhalt und Bedeutung der Debatte	17
3.2 Geheimdienstaktivitäten	20
3.3 Geheimdienstkontrolle	25
3.4 Datenschutz	32
4 Gesetzgebung vor dem Hintergrund der Snowden-Affäre	38
5 Zusammenfassung	40
Abkürzungsverzeichnis	42
Liste der Interviews	43
Schriftliche Quellen	44

Vorbemerkung

Dieses Gutachten befasst sich mit der parlamentarischen, öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte in Kanada zu den Fragen der Tätigkeit der kanadischen Nachrichtendienste, deren parlamentarischer Kontrolle und des Schutzes der Privatheit seit den Enthüllungen von Edward Snowden. Eine Zusammenstellung wesentlicher Dokumente, Erklärungen sowie sonstiger einschlägiger Veröffentlichungen von Regierung, Parlament, NGOs und anderen für diese Debatte relevanten Akteuren ist im Anhang enthalten.

Das Gutachten stützt sich einerseits auf Aussagen von kanadischen Parlamentariern¹, Vertretern der kanadischen Zivilgesellschaft, Mitarbeitern des Büros des Datenschutzbeauftragten und wissenschaftlichen Experten. Des Weiteren wurden öffentlich zugängliche Dokumente der kanadischen Regierungsbehörden, des kanadischen Parlaments, kanadischer Medien sowie wissenschaftliche Publikationen herangezogen. Soweit wörtliche Zitate in deutscher Sprache wiedergegeben werden, stammt die Übersetzung von den Verfassern.

¹ Aus Gründen der Lesbarkeit wird im Text die männliche Schreibweise verwendet. Die aufgeführten Bezeichnungen sind auch in der weiblichen Form zu denken.

1 Einleitung

Einen ersten Eindruck von der öffentlichen Relevanz der Enthüllungen Edward Snowdens erhält man bei einer vergleichenden Betrachtung der Häufigkeit der Berichterstattung zu diesem Thema in der kanadischen und in der deutschen Presse. In den Onlinearchiven der Süddeutschen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung finden sich im Zeitraum, der von Snowdens Enthüllungen im Sommer 2013 bis Anfang Juni 2015 reicht, im Fall der Süddeutschen Zeitung über die NSA 270 und über den BND 97 Artikel.² Bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sind es 226 Artikel über die NSA und 51 über den BND. In kanadischen Zeitungen stößt man auf eine weitaus geringere Anzahl von Überschriften, die sich auf die NSA oder auf den kanadischen Auslandsgeheimdienst CSEC beziehen. Der *Toronto Star* veröffentlichte 39 Artikel mit der NSA und fünf mit dem CSEC im Titel. Bei der *Vancouver Sun* sind es 26 Mal die NSA und zwei Mal das CSEC; bei der *National Post* 46 Mal die NSA und acht Mal das CSEC.

Die größere Zahl deutscher Pressebeiträge zur Snowden-Affäre spiegelt die Bedeutung der Debatte in der Bundesrepublik. Es gibt keine Hinweise darauf, dass die NSA kanadische Staatsbürger oder Unternehmen ausspioniert hat. Deshalb können wir in Kanada auch nicht von einem Geheimdienstkandal reden, der das Potential gehabt hätte, eine dauerhaft hohe Wellen schlagende politische Diskussion auszulösen. Kanada ist als Mitglied der *5-Eyes Community* vor der Spionage der Geheimdienste der USA oder anderer Partnerstaaten geschützt. So unterscheidet sich die kanadische von der deutschen Debatte auch primär darin, dass Kanada nicht als Opfer ausländischer Spionage gesehen wird. Vielmehr richtet sich der Fokus der kanadischen Debatte auf folgende Fragen: Haben die Geheimdienste die eigene Bevölkerung unrechtmäßig überwacht (vgl. stellvertretend Office of the CSE Commissioner 2013: 20)? Wie kann die Kontrolle über die Geheimdienste effektiver gestaltet werden (vgl. stellvertretend Interview Wayne Easter 2015)? In welchem Umfang war der kanadische Auslandsgeheimdienst daran beteiligt, ausländische Regierungen auszuspionieren (siehe stellvertretend Weston et al. 2013a)?

² Maßgeblich für die Auszählung ist die Nennung des jeweiligen Geheimdiensts im Titel des Artikels.

Die Enthüllungen Edward Snowdens mussten aufgrund der engen Kooperation zwischen den Geheimdiensten in der *5-Eyes Community* zwangsläufig Spionageaktivitäten Kanadas offenlegen, da Kanada seit Jahrzehnten ein zentraler Partner der NSA ist. Zu den ersten Enthüllungen mit Bezug auf Kanada kam es im Oktober 2013, als die Teilnahme des kanadischen Auslandsgeheimdienstes an den Programmen OLYMPIA und STATEROOM publik wurde. In diesem Zusammenhang ging es zum einen primär um das Ausspionieren des brasilianischen Bergbau- und Energieministeriums. Das CSEC soll hierbei den Telefon- und E-Mailverkehr des Ministeriums systematisch kontrolliert und ausgewertet haben (Associated Press 2013). Zum anderen soll Kanada seine Botschaften und Konsulate genutzt haben, um mit Hilfe von Überwachungstechnologien den Telekommunikations- und Internetverkehr in fremden Staaten abzuhören (Freeze 2013). Im November 2013 wurde außerdem öffentlich, dass Kanada im Jahre 2010 während des G20 Gipfels in Toronto und des G8 Gipfels in Huntsville (Provinz Ontario) die Überwachung der Gipfeltreffen durch die NSA zumindest geduldet, wenn nicht sogar durch die Mitarbeit des CSEC gezielt unterstützt hatte. Die US-Botschaft in Ottawa soll als Abhörzentrum fungiert, Kanada außerdem Horchposten in 20 Staaten eingerichtet haben (Weston et al. 2013a; Weston et al. 2013b). Im Januar 2014 wurde bekannt, dass das CSEC über den Zugriff auf ein offenes WiFi-System an einem kanadischen Großflughafen Tausende von Reisenden ausgespäht und deren Bewegungsmuster analysiert hat (Weston et al. 2014). Da potentiell zahlreiche kanadische Staatsbürger von der Spähaktion betroffen waren, ist davon auszugehen, dass sie eine Verletzung kanadischen Rechts implizierte. Im Januar 2015 wurde zudem enthüllt, dass das CSEC in Zusammenhang mit dem Programm LEVITATION weltweit Millionen von Internetdownloads überwacht hat (Hildebrandt et al. 2015).

Will man den Verlauf der durch Snowdens Enthüllungen in Kanada ausgelösten Debatte kontextgerecht nachvollziehen, ist ein weiterer Sachverhalt in Rechnung zu stellen. Im Herbst 2014 kam es zu zwei als terroristisch eingestuftem Zwischenfällen. Am 20.10.2014 wurde bei einem Anschlag in Saint-Jean-sur-Richelieu (Provinz Quebec) ein kanadischer Soldat von Martin Couture-Rouleau, einem zum Islam konvertierten kanadischen Staatsbürger, mit dem Auto überfahren und tödlich verletzt. Zwei Tage später, am 22.10.2014, verübte, Michael Zehaf-

Bibeau, ein ebenfalls zum Islam übergetretener Kanadier, ein Attentat auf das kanadische Parlament in Ottawa, bei dem abermals ein Soldat ums Leben kam. Diese Anschläge sind bei der Beurteilung der Debatte über die Geheimdiensttätigkeit, über die Geheimdienstkontrolle und über den Datenschutz zu berücksichtigen, da sie die kanadische Öffentlichkeit vermutlich in einem höheren Maße schockierten als die Enthüllungen Edward Snowdens.

Dieses Gutachten beinhaltet eine ausführliche Darstellung der parlamentarischen, öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte in Kanada zu den Fragen der Tätigkeit der kanadischen Nachrichtendienste, deren parlamentarischer Kontrolle und des Schutzes der Privatheit seit den Enthüllungen Edward Snowdens. Im Anhang sind wesentliche Dokumente, Erklärungen und sonstige Veröffentlichungen von Regierung, Parlament, NGOs sowie anderen in dieser Debatte relevanten Akteuren zusammengestellt.

Das nächste Kapitel behandelt den politisch-institutionelle und den historische Kontext der Arbeit der kanadischen Geheimdienste, der kanadischen Geheimdienstkontrolle und des kanadischen Datenschutzes. Ein knapper Überblick informiert über den Aufbau des Polizei- und Geheimdienstsystems sowie über die bisherigen Formen der Geheimdienstkontrolle und die daran vor dem Hintergrund des vermeintlichen Versagens der Geheimdienste vorgenommenen Veränderungen. Zusätzlich wird die Entwicklung des Datenschutzes in Kanada skizziert. Kapitel drei analysiert die Debatte über die Tätigkeit und Kontrolle der Geheimdienste sowie über den Schutz der Privatsphäre. Die Debatte wird zunächst in die aktuelle politische Diskussion eingeordnet. Im Anschluss daran wird ihr Verlauf cursorisch nachgezeichnet. Die Inhalte der Debatte werden anhand der übergeordneten Themenkomplexe Geheimdiensttätigkeit, Geheimdienstkontrolle und Datenschutz präsentiert. Das vierte Kapitel setzt politikfeldspezifische Gesetze der konservativen Regierung – wie z. B. das Anticybermobbinggesetz C-13, das Antiterrorgesetz C-51 und die Reform des Datenschutzgesetzes durch die Gesetzesvorlage S-4 – in Beziehung zur Geheimdienstdebatte. Das Schlusskapitel fasst die wesentlichen Ergebnisse des Gutachtens zusammen.

2 Das kanadische Geheimdienstsystem: ein Überblick

Dieses Kapitel stellt zunächst in groben Zügen die Struktur des föderalen Systems Kanadas und die Aufgabenteilung zwischen Bund und Provinzen dar. Die Organisation des kanadischen Geheimdienstsystems wird vor dem Hintergrund dieser Aufgabenteilung erläutert (2.1). Danach werden die Ergebnisse früherer Geheimdienstuntersuchungen zusammengefasst, die für die derzeitige Debatte über die Tätigkeit und Kontrolle der Geheimdienste und über den Schutz der Privatsphäre von Belang sind (2.2). In der Folge wird die Geheimdienstkontrolle in Kanada insbesondere auch im Hinblick auf Unterschiede zum deutschen System analysiert (2.3). Abschließend wird die Entwicklung des Datenschutzes in Kanada kursorisch betrachtet (2.4).

2.1 Das politische System Kanadas und der Aufbau der Geheimdienste und der Polizei

Kanada ist ein föderaler Staat, der sich aus zehn Provinzen und drei Territorien zusammensetzt. Die Regierungsgewalt ist vertikal zwischen verschiedenen Regierungsebenen aufgeteilt. Der kanadische Bundesstaat zählt zu denjenigen föderalen Systemen, die einen sehr hohen Grad an politischer Dezentralisierung aufweisen (Brede und Schultze 2008). Eine große Anzahl an Kompetenzen wurde in der Verfassung von 1867 den Provinzen zugesprochen, die in vielerlei Hinsicht über einen größeren politischen Gestaltungsspielraum verfügen als etwa die Länder in der Bundesrepublik.

Im Bereich des Geheimdienst- und Polizeiwesens finden sich in der kanadischen Verfassung unterschiedliche Regelungen. Zudem sind nicht alle Regelungen explizit in der Verfassung aufgeführt, sondern werden zum Teil aus den vorgegeben Zuständigkeiten abgeleitet. In einigen Fällen wurden diese den jeweiligen Regierungsebenen aufgrund von Entscheidungen des kanadischen Verfassungsgerichts zugesprochen. Die Geheimdienstaufgaben werden in Artikel

91 der Verfassung der Bundesebene zugeschrieben, die für die nationale Sicherheit zuständig ist. Derselbe Artikel ordnet auch die Regelung des Strafrechts der Bundesebene zu. Demgegenüber fallen laut Artikel 92 die Verwaltung des Justizsystems und die Implementierung des Strafrechts unter die Zuständigkeit der Provinzen, die somit auch über die Kompetenz zur Errichtung eines eigenen Polizeiwesens verfügen (Government of Canada 2015).

Trotz dieser verfassungsrechtlichen Regelungen zugunsten der Provinzen lässt sich in Bezug auf das Polizei- und Sicherheitswesen in der Realität ein recht hohes Maß an Zentralisierung feststellen. Die kanadische Bundespolizei *Royal Canadian Mounted Police* (RCMP) hat die Aufgabe, das Bundesrecht im gesamten Staatsgebiet durchzusetzen. Für die Durchsetzung des Provinzrechts ist wiederum die Provinzpolizei zuständig. Allerdings verzichten die meisten Provinzen auf die Wahrnehmung dieser Aufgabe. So haben acht der zehn Provinzen und die drei Territorien die Strafverfolgungskompetenz im Übereinkommen mit dem Bund an die RCMP abgetreten. Nur Ontario und Quebec, die zwei größten Provinzen, verfügen über eine Provinzpolizei (Royal Canadian Mounted Police 2014). Allerdings haben die kanadischen Provinzen im Rahmen ihrer Kompetenzen den Gemeinden und Städten die Möglichkeit eingeräumt, lokale Polizeieinheiten aufzustellen. Einige Kommunen haben diese Möglichkeit genutzt und eine städtische Polizei eingerichtet, so z. B. die Großstädte Toronto und Montreal. Auch einige Gemeinschaften kanadischer Ureinwohner verfügen auf dem Gebiet ihrer Reservate über eigene Polizeikräfte.

Auf der Basis des vom kanadischen Parlament im Anschluss an die Anschläge vom 11.09.2001 verabschiedeten Antiterrorgesetzes C-36 wurden die Kompetenzen der RCMP signifikant ausgeweitet. Die RCMP ist seitdem verstärkt in den Bereich der nationalen Sicherheit eingebunden, da seit dem Inkrafttreten des Gesetzes etwa die Unterstützung terroristischer Gruppen zu einem Straftatbestand geworden ist (Parliament of Canada 2001).

Eine weitere Säule der kanadischen Sicherheitsarchitektur stellt der *Canadian Security Intelligence Service* (CSIS) dar. Dieser ist eine zivile Behörde, die über keine polizeilichen Kompetenzen verfügt. In der Debatte um das Antiterrorgesetz C-51 (siehe Kapitel 4) wurde allerdings der Vorbehalt geäußert,

dass der CSIS durch die Ausweitung seiner Zuständigkeiten zu einer zweiten Polizei neben der RCMP aufgewertet würde. Die Aufgabe des CSIS liegt „im Aufklären von Bedrohungen, der Analyse von Informationen und dem Sammeln von nachrichtendienstlichen Hinweisen“ (Canadian Security Intelligence Service 2015). Dabei ist der CSIS kein reiner Inlandsgeheimdienst; er kann weltweit agieren, um seine Ziele zu erreichen. Die Organisation war ursprünglich Teil der RCMP (*RCMP Security Service*). Nachdem aber in den 1970er Jahren illegale Aktivitäten des Geheimdienstes bekannt geworden waren, kam es zu einer öffentlichen Untersuchung durch die *Royal Commission of Inquiry into Certain Activities of the RCMP (McDonald Commission)*. Die Untersuchung führte zu der Empfehlung, den *Security Service* der RCMP in eine eigenständige Organisation auszugliedern, was 1984 mit der Gründung des CSIS vollzogen wurde.

Die Struktur des CSIS unterscheidet sich von der Struktur des deutschen Inlandsgeheimdienstes in einem wesentlichen Punkt. Während es in Deutschland sowohl das Bundesamt als auch die Landesämter für Verfassungsschutz gibt, ist der CSIS der einzige kanadische Inlandsgeheimdienst. Es gibt keine Organisationen auf der Ebene der Provinzen, die den deutschen Landesämtern für Verfassungsschutz entsprechen.

Die zweite zentrale Säule des kanadischen Geheimdienstwesens ist der Auslandsgeheimdienst *Communications Security Establishment Canada (CSEC)*. Die Hauptaufgaben der offiziell 1946 gegründeten Organisation werden im *National Defence Act* aufgeführt. Dazu gehört 1) der Zugriff auf die globale Informationsinfrastruktur, um der kanadischen Regierung nachrichtendienstliche Informationen zur Verfügung zu stellen. Außerdem soll das CSEC 2) der Exekutive beim Schutz der kanadischen Informationsinfrastruktur beratend zur Seite stehen. Das CSEC soll zudem 3) die Bundespolizei und die anderen Geheimdienste technisch und operationell unterstützen, damit diese ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen können (Communications Security Establishment Canada 2014). Letztlich liegt die Hauptaufgabe des CSEC im Bereich der sogenannten *Signals Intelligence (SIGINT)*, also in der Beschaffung nachrichtendienstlicher Informationen durch das Abfangen und Abhören von Funk- und elektronischen Signalen.

Das CSEC wurde einer breiteren kanadischen Öffentlichkeit erst durch die Enthüllungen Edward Snowdens im Jahre 2013 bekannt. Zuvor trat in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem der CSIS als zentraler geheimdienstlicher Akteur in Erscheinung, was nicht zuletzt mit den Skandalen zu tun hatte, in die er zusammen mit der RCMP vor allem in den 2000er Jahren verstrickt war.

Tabelle 1: Zentrale kanadische Organisationen mit Sicherheitszuständigkeiten auf der Bundesebene

Name	Aktivitäten	Innerstaatliche Informationsbeschaffung	Kontrollinstanz
Communications Security Establishment Canada (CSEC)	Globale Signals Intelligence (SIGINT)	Prinzipiell nein. Ausnahmen nur bei der Aufspürung ausländischer Personen und Organisationen auf kanadischem Territorium.	Office of the CSE Commissioner (OCSEC)
Canadian Security Intelligence Service (CSIS)	Sammelt und analysiert Informationen über Sicherheitsbedrohungen	Ja	Security Intelligence Review Committee (SIRC)
Royal Canadian Mounted Police (RCMP)	Untersucht kriminelle Aktivitäten auch mit Bezug zur nationalen Sicherheit	Ja	Commission for Public Complaints Against the RCMP

Übersicht in Anlehnung an Raaflaub 2006.

Es finden sich auf der Bundesebene noch weitere Organisationen, die mit Fragen der nationalen Sicherheit betraut sind, die aber im weiteren Verlauf des Gutachtens nicht weiter berücksichtigt werden, da sie für die Debatte in Kanada keine wesentliche Rolle spielen. Zu nennen wären hier: 1) die *Canada Border Service Agency* (CBSA), in deren Aufgabenbereich das Sammeln und Analysieren von Informationen zu potentiellen Bedrohungen im Rahmen der kanadischen Einwanderungs-, Besucher-, Flüchtlings-, und Einbürgerungsprogramme fallen; 2)

das *Financial Transactions and Reports Analysis Centre of Canada* (FINTRAC), das nachrichtendienstliche Informationen über Finanztransaktionen sammelt und analysiert, um Verbrechen im Bereich der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und der Geldwäsche zu bekämpfen; 3) das Verteidigungsministerium, das Daten über ausländische Streitkräfte sammelt; und 4) das Außenministerium (DFAIT), das für die politische Informationsbeschaffung und Aufklärung zuständig ist, um Kanadas Interessen in der Welt besser vertreten zu können.

2.2 Geheimdienstliche Untersuchungsausschüsse seit 1977

Das CSIS und die RCMP standen bereits vor den Veröffentlichungen Edward Snowdens im Fokus der Öffentlichkeit. Die Debatte über Geheimdiensttätigkeit, über Geheimdienstkontrolle und über den Schutz der Privatheit in Kanada nach Snowdens Enthüllungen ist insofern kein gänzlich neues Phänomen, sondern greift z. T. Themen auf, die schon vor Snowdens Enthüllungen verhandelt wurden (Interview Leslie Fournier-Dupelle 2015; Interview Christopher Prince 2015). So ist zu berücksichtigen, dass bereits im Jahrzehnt vor der Snowden-Affäre drei Untersuchungskommissionen eingesetzt wurden, die sich mit potentiellen Verfehlungen der Polizeibehörden und der Geheimdienste auseinanderzusetzen hatten.

Eine der ersten zentralen Untersuchungskommissionen im Zusammenhang mit dem kanadischen Polizeiwesen war die bereits erwähnte *McDonald Commission*, die 1977 eingesetzt wurde, um Vorwürfe gegen die RCMP aufzuklären. Die Bundespolizei wurde unter anderem beschuldigt, ohne rechtliche Grundlage private Briefe geöffnet und Mitgliederlisten des separatistischen *Parti Québécois* entwendet zu haben. In den drei zwischen 1979 und 1981 veröffentlichten Berichten wurde empfohlen, die für die nationale Sicherheit zuständigen Abteilungen der RCMP auszugliedern und eine neue Organisation zu gründen, was, wie bereits erwähnt, mit der Gründung des CSIS im Jahre 1984 geschah (Government of Canada 1981).

Nach den Anschlägen vom 11.09.2001 verstärkte sich die Zusammenarbeit der Polizei und der Geheimdienste Kanadas und der USA. Im Zuge der engeren Kooperation wurden offenbar in mehreren Fällen die Grundrechte kanadischer Bürger durch die RCMP und den CSIS verletzt. In diesem Zusammenhang führten die Geschehnisse rund um den kanadisch-syrischen Staatsbürger Maher Arar, der 2002 bei einer *extraordinary rendition* nach Syrien verschleppt und dort in einem Gefängnis gefoltert wurde, zu einer ersten Untersuchung. Die 2004 eingesetzte *Commission of Inquiry into the Actions of Canadian Officials in Relation to Maher Arar (O'Connor Inquiry)* sollte herausfinden, welche Rolle kanadische Behörden und Offizielle im Fall Arar spielten. Der von der Untersuchungskommission 2006 vorgelegte Bericht sprach Maher Arar von den gegen ihn erhobenen Anschuldigungen frei und forderte unter anderem, die Kompetenzen der RCMP im Bereich der nationalen Sicherheit klar einzugrenzen, da mit den nach dem 11.09.2001 verabschiedeten Antiterrorgesetzen die Grenzen zwischen den Aktivitäten der RCMP und des CSIS wieder zu verschwimmen begannen. Dennoch wäre die Kooperation von RCMP und CSIS gleichermaßen notwendig wie legal, solange die unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen für beide Organisationen eingehalten würden. Die Kommission stellte zudem fest, dass die bestehenden Aufsichtsinstanzen nicht in der Lage waren, die Kooperation zwischen den Geheimdiensten effektiv zu kontrollieren (Government of Canada 2006). Diese Einschätzung spielt seit Snowdens Enthüllungen wieder eine wichtige Rolle in der Debatte um eine bessere Aufsicht über die Geheimdienste und wird auch von den Behörden geteilt, die den CSIS und das CSEC kontrollieren sollen (siehe Kapitel 3.3).

Die *Internal Inquiry into the Actions of Canadian Officials in Relation to Abdullah Almalki, Ahmad Abou-Elmaati and Muayyed Nureddin (Jacobucci Inquiry)* wurde 2006 eingeleitet. Ihr Hintergrund war die Frage, ob die Festnahme der drei genannten Personen und deren Misshandlungen in der Gefangenschaft in Ägypten und Syrien direkt oder indirekt, etwa durch die Weitergabe geheimdienstlicher Informationen, in Verbindung mit Handlungen kanadischer Offizieller stand. Der 2008 veröffentlichte Bericht stellte kein direktes Fehlverhalten kanadischer Behörden fest. Jedoch hätten Handlungen kanadischer Sicherheitsdienste – wie etwa die Weitergabe geheimdienstlicher Informationen – indirekt schwerwiegende

negative Folgen für die betroffenen Personen gehabt (Government of Canada 2008).

Die bis zum heutigen Zeitpunkt letzte größere Untersuchungskommission war die 2006 eingerichtete *Commission of Inquiry into the Investigation of the Bombing of Air India Flight 182*. Der Air India Flug 182 von Montreal über London nach Neu Delhi wurde am 23. Juni 1985 durch eine Explosion an Bord zum Absturz gebracht. 329 Menschen kamen ums Leben. Der Bericht der Kommission gelangte zu dem Schluss, dass das Attentat hätte verhindert werden können, wenn vorhandene Informationen von den Geheimdienst- und Polizeibehörden sachgemäß analysiert und ausgewertet worden wären. Außerdem sei die Zusammenarbeit zwischen CSIS und RCMP sowohl vor wie auch nach dem Attentat mangelhaft gewesen (Government of Canada 2010). Auf diese Einschätzung beziehen sich häufig die konservativen Politiker, die ungeachtet der Enthüllungen Edward Snowdens vor den Folgen einer Beschneidung der Geheimdienstkompetenzen warnen und dafür plädieren, dem CSIS und dem CSEC einen größeren rechtlichen Spielraum zur Kooperation einzuräumen (siehe dazu Kapitel 3.2).

2.3 Das System der Geheimdienstkontrolle

Der Hauptunterschied zwischen der Geheimdienstkontrolle in Deutschland und Kanada ergibt sich daraus, dass es in Kanada keinen parlamentarischen Mechanismus zur Beaufsichtigung der Geheimdienste gibt. Kanada unterscheidet sich hierin auch von anderen angelsächsisch geprägten Demokratien wie den USA und Großbritannien. Die kanadischen Geheimdienste werden primär von der Exekutive kontrolliert. Zwar sind auch unabhängige Aufsichtsinstanzen vorhanden, diese legen ihre Berichte aber nicht direkt dem kanadischen Parlament, sondern den zuständigen Ministern vor.

Das CSEC ist dem Verteidigungsministerium zugeordnet, wohingegen der CSIS dem Heimatschutzministerium unterstellt ist. Beide Organisationen sind also dem jeweiligen Minister verantwortlich. Das kanadische Unterhaus verfügt also

zumindest über einen indirekten Kontrollmechanismus, da sowohl der Verteidigungsminister als auch der Heimatschutzminister als Regierungsmitglieder dem Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig sind und für ein potentiell Fehlverhalten der Geheimdienste die Konsequenzen tragen müssen. Das Parlament erhält jedoch keinen Einblick in unter Verschluss gestellte Dokumente.

Das CSEC wird vom *Office of the CSE Commissioner* (OCSEC) beaufsichtigt, das 1996 geschaffen wurde. Der CSEC-Beauftragte leitet diese unabhängige Behörde und kann prüfen, ob die Aktivitäten des Geheimdienstes mit kanadischem Recht vereinbar sind. Diese Prüfung findet allerdings immer nur ex post statt, wenn der Beauftragte für das CSEC seinen Bericht für das Verteidigungsministerium verfasst. Der Bericht wird auch dem Parlament vorgelegt. Neben den jährlichen Berichten verfasst der CSEC-Beauftragte geheime Papiere für das Verteidigungsministerium. Er verfügt nicht über die Kompetenz, öffentliche Anhörungen anzuberaumen oder bindende Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Seine Vorschläge können nur vom jeweils zuständigen Minister aufgegriffen und in Form von Verordnungen umgesetzt werden (*Office of the CSE Commissioner 2014a*).

Der CSIS wird vom *Security Intelligence Review Committee* (SIRC) kontrolliert. Diese Überprüfungsinstanz wurde in Reaktion auf die Empfehlungen der *McDonald Commission* ins Leben gerufen. Das SIRC hat als externe Kontrollinstanz die Befugnis, die Aktivitäten des CSIS zu überprüfen und Beschwerden von Individuen gegen den CSIS nachzugehen. Das Komitee ist als unabhängige Einheit geschaffen worden und übermittelt seinen jährlichen Bericht dem Heimatschutzminister. Dieser legt ihn dem Parlament vor. Allerdings ist auch das SIRC gesetzlich nicht autorisiert, öffentliche Anhörungen durchzuführen oder bindende Verbesserungsvorschläge zu machen. Bis zum Jahr 2012 gab es mit der Position eines *Inspector General of CSIS* darüber hinaus noch ein zweite, interne Überprüfungsinstanz. Der Generalinspekteur war direkt dem Vizeminister für Heimatschutz unterstellt. Seine Berichte wurden über das Ministerium an das SIRC weitergeleitet. Ein Teil der Aufgaben des Generalinspekteurs wurde nach der Abschaffung des Postens durch das SIRC übernommen (*Security Intelligence Review Committee 2012*).

2.4 Datenschutz und Überwachung

Im kanadischen akademischen Diskurs wird das System der Datenschutzbeauftragten, die Beschwerden wegen Datenmissbrauchs verfolgen können, als beispielhaft angesehen (Bennett et al. 2014: 8). Das institutionelle System ähnelt stark demjenigen der Bundesrepublik. So finden sich neben dem Bundesdatenschutzbeauftragten auch Datenschutzbeauftragte der Provinzen und der Territorien.

In Kanada gibt es sowohl auf der Bundesebene wie auf der Ebene der Provinzen eine Vielzahl gesetzlicher Datenschutzbestimmungen. Entsprechende Artikel wurden bereits recht früh in den *Canadian Human Rights Act* (1977) und in die *Charter of Rights and Freedoms* (1982) aufgenommen. Auf Provinzebene wurden ebenfalls Bestimmungen zum Schutz der persönlichen Daten in die Gesetzgebung integriert, wie etwa für die Provinz Quebec im Rahmen der *Quebec Charter of Human Rights and Freedoms* (1976).

Die wesentlichen Bestimmungen im Datenschutzbereich basieren auf zwei Gesetzen: 1) Der *Canadian Privacy Act* (CPA) von 1983 regelt das Sammeln und die Nutzung der persönlichen Daten kanadischer Bürger durch die Bundesbehörden und befasst sich mit der Frage, wann und wie solche Daten weitergegeben werden dürfen. Die von diesem Gesetz betroffenen Behörden werden im Anhang des Gesetzes explizit aufgeführt. Politische Parteien und deren Repräsentanten sind von dem Gesetz nicht betroffen. Ein weiterer wichtiger Punkt im CPA war die Schaffung des Amtes des kanadischen Bundesdatenschutzbeauftragten (Office of the Privacy Commissioner of Canada 2014a). 2) Der *Personal Information Protection and Electronic Documents Act* (PIPEDA) wurde von der Bundesregierung im Jahre 2000 verabschiedet. Er regelt die kommerzielle Nutzung persönlicher Daten. Das Gesetz betrifft nur private Unternehmen. Private Organisationen, die keine kommerzielle Verwertung der Daten betreiben, sind von den Bestimmungen ausgenommen. Dazu zählen viele Wohltätigkeitsvereine, gemeinnützige Organisationen und politische Parteien (Office of the Privacy Commissioner of Canada 2014a).

Alle Provinzen in Kanada haben eigene Gesetze für den Datenschutz im öffentlichen Sektor, so dass der CPA nur auf der Bundesebene gilt. Der PIPEDA gilt auf der Ebene der Provinzen, soweit diese keine von den Bundesbehörden als gleichwertig anerkannten Gesetze verabschiedet haben. Entsprechende Gesetze wurden in British Columbia, Alberta und Quebec beschlossen. Für Ontario, New Brunswick und Newfoundland and Labrador hat der PIPEDA wiederum im Bereich des Gesundheitssystems keine Gültigkeit, da diese Provinzen hier eigene als gleichwertig anerkannte Gesetze ratifiziert haben (Office of the Privacy Commissioner of Canada 2014a).³

3 Analyse der Debatte über Tätigkeiten und Kontrolle der Geheimdienste und über den Datenschutz

Dieses Kapitel analysiert die Debatte über die Geheimdiensttätigkeit, die Geheimdienstkontrolle und den Datenschutz in Kanada seit den Enthüllungen Edward Snowdens. Für das Verständnis der Debatte ist der in Kapitel 2 dargestellte Kontext insofern sehr wichtig, als die parlamentarische wie die öffentliche Diskussion über Geheimdienstkontrolle und Datenschutz auf die Argumente aus den Berichten der oben erwähnten Untersuchungskommissionen zurückgreifen. Dies zeigt sich etwa dort, wo argumentiert wird, eine zu starke Einschränkung des Mandats der Geheimdienste komme einer Bedrohung der nationalen Sicherheit gleich (siehe 3.2), oder die vorhandenen Mechanismen zur Aufsicht über die Geheimdienste seien nicht effektiv genug (siehe 3.3).

Die Analyse stützt sich vor allem auf Interviews, die mit kanadischen Parlamentariern, mit Mitarbeitern des Büros des Datenschutzbeauftragten sowie mit Vertretern von wissenschaftlichen Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen geführt wurden. Die Treffen für die Interviews fanden im September 2014 in Vancouver und im Februar 2015 in Ottawa statt. Die Interviewpartner sind in Tabelle

³ Gesundheitspolitik fällt der kanadischen Verfassung nach unter die Zuständigkeit der Provinzen.

2 aufgelistet. Leslie Fournier-Dupelle und Christopher Prince sowie Catherine Hart und Vincent Gogolek nahmen an den jeweiligen Interviews gemeinsam teil. Bei den übrigen Interviews handelt es sich um Einzelinterviews. Die Interviewpartner wurden aufgrund ihrer Stellung im politischen Entscheidungsprozess bzw. ihrer fachlichen Expertise ausgewählt. Rund die Hälfte der Interviewanfragen wurde positiv beantwortet.

Die folgenden Abschnitte geben zunächst einen knappen Überblick über die für die kanadische Debatte über Geheimdienstaktivitäten und Datenschutz relevanten Kontextfaktoren. Die anschließende Analyse der Debatte befasst sich mit den drei Themenkomplexen Geheimdiensttätigkeit, Geheimdienstkontrolle und Datenschutz.

In erster Linie dreht sich die Debatte um die Frage einer effektiven Kontrolle der Geheimdienste. Hinzu kommt die Diskussion über eine Reform und Stärkung des Datenschutzes. Die Reichweite der geheimdienstlichen Aktivitäten wird vor allem von Bürgerrechtsgruppen als problematisch eingestuft. In der parlamentarischen Debatte kam erstmals im Oktober 2013 Kritik an der Tätigkeit der Geheimdienste auf. Das *Standing Senate Committee on National Security and Defence* konnte die aufkommende öffentliche Entrüstung durch Anhörungen unter Einbeziehung der relevanten Akteure, wie etwa des Datenschutzbeauftragten, des SIRC und des CSEC, zunächst weitgehend auffangen (Interview Leslie Fournier-Dupelle 2015). Zu größeren Wellen der Kritik kam es durch die Aufdeckung der Überwachung des WiFi-Systems eines kanadischen Flughafens im Januar 2014 sowie im Zuge der Ausweitung der rechtlichen Kompetenzen der Geheimdienste in Zusammenhang mit dem Antiterrorgesetz C-51 ab Januar 2015.

Tabelle 2: Liste der Interviewpartner

Charmaine Borg (New Democratic Party)	NDP-Schattenministerin für digitale Fragen
Carmen Cheung	Senior Counsel bei der British Columbia Civil Liberties Association (BCCLA)
Wayne Easter (Liberal Party)	Liberaler Schattenminister für Heimatschutz und ehemaliger Generalstaatsanwalt
Leslie Fournier-Dupelle	Experte im Büro des Bundesdatenschutzbeauftragten
Michael Geist	Professor an der University of Ottawa und Experte für Internet- und Privatrecht
Vincent Gogolek	Geschäftsführer bei der British Columbia Freedom of Information and Privacy Association (FIPA)
Catherine Hart	Direktorin bei der British Columbia Freedom of Information and Privacy Association (FIPA)
Peter Kent (Conservative Party)	Vorsitzender des Verteidigungsausschusses
Daryl Kramp (Conservative Party)	Vorsitzender des Ausschusses für Heimatschutz und nationale Sicherheit
Elizabeth May (Green Party)	Vorsitzende der Green Party of Canada
Joyce Murray (Liberal Party)	Liberaler Schattenministerin für Verteidigung
Christopher Prince	Experte im Büro des Bundesdatenschutzbeauftragten
Wesley Wark	Professor (em.) an der University of Toronto und Experte für Fragen des Terrorismus und der nationalen Sicherheit

3.1 Inhalt und Bedeutung der Debatte

Die neue, durch die Snowden-Enthüllungen ausgelöste Debatte über die Tätigkeit der Geheimdienste, über deren Kontrolle und über den Schutz der Privatsphäre wird je nach Akteur im politischen und gesellschaftlichen System Kanadas unterschiedlich beurteilt. Auf einer allgemeinen Ebene betrachtet, lassen sich – weitgehend unabhängig von parteipolitischen Positionierungen – drei Gruppen ausmachen, die jeweils spezifische inhaltliche Perspektiven einnehmen.

1) Die Vertreter einer ersten Gruppe können weder in der Politik der Regierung noch in der Debatte über diese Politik einen substantiellen Wandel seit Snowden erkennen und verweisen darauf, dass die Enthüllungen lediglich bestätigten, was innerhalb der akademischen Kreise schon seit längerem vermutet wurde (Interview Leslie Fournier-Dupelle 2015; Interview Wesley Wark 2015; Interview Michael Geist, 2015). Sie sehen keine wirklich neuen Argumente für oder gegen eine bessere Kontrolle der Geheimdienste bzw. für oder gegen eine Datenschutzreform im Anschluss an Snowdens Enthüllungen. Was sich freilich geändert habe, sei die Rolle der Medien, die das Thema erstmals aufgegriffen und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht haben. So sei auch das Interesse der Bürger an Fragen der Geheimdienstkontrolle und des Datenschutzes aufgrund der Snowden-Affäre gewachsen. Gleichzeitig sei das CSEC zum ersten Mal in den Mittelpunkt der öffentlichen Kritik gerückt (Interview Christopher Prince 2015).

2) Eine zweite Gruppe gibt die Einschätzung ab, dass die Problematik der Geheimdiensttätigkeit in der breiteren Öffentlichkeit generell auf nur geringes Interesse stößt (Interview Joyce Murray 2015; Interview Vincent Gogolek 2014; Interview Elizabeth May 2015). Weder Zivilgesellschaft und Medien noch die Politik seien in der Lage, dem Thema in der kanadischen Bevölkerung größere Resonanz zu verschaffen. Auch seien in der Debatte keine neuen Argumente aufgetaucht. Die Bürger würden sich vorrangig mit anderen Fragen beschäftigen und ihr Augenmerk vor allem auf die Wirtschaft richten. Tatsächlich dominieren gegenwärtig auch ökonomische Fragen die Politik in Kanada, da das Land in eine Periode der Rezession geraten zu sein scheint.

3) Eine dritte Gruppe sieht, wenngleich mit unterschiedlicher Akzentuierung, eine Veränderung in der Debatte über die Geheimdienste seit der Snowden-Affäre. Es gebe nicht nur eine größere öffentliche Beteiligung an den Diskussionen, sondern es seien auch neue Argumentationsmuster zu erkennen. Zu erwähnen sind hier insbesondere Forderungen nach mehr Transparenz und einer besseren Kontrolle des CSEC (Interview Wayne Easter 2015) sowie die Auffassung, dass die Reputation der Geheimdienste beschädigt sei und es bessere „checks and balances“ geben müsse (Interview Daryl Kramp 2015). Hinzu kommt das Argument, dass die Bürger der Problematik der digitalen Überwachung nunmehr größere

Aufmerksamkeit schenken, da ein Großteil von ihnen elektronische Geräte mit Internetzugang wie z. B. Tablets und Smartphones benutzt (Interview Charmaine Borg 2015; Interview Leslie Fournier-Dupelle 2015; Interview Christopher Prince 2015).

Gebündelt betrachtet, ergeben die Äußerungen der Befragten in den genannten drei Gruppen ein annäherndes Gesamtbild der Relevanz der Geheimdienstdebatte im politischen Diskurs. Die Debatte mag insgesamt zu einer größeren Sensibilität der Öffentlichkeit für Fragen der Tätigkeit der Geheimdienste beigetragen haben. Allerdings haben die Geheimdienstkontrolle und der Datenschutz außerhalb der Aktivistenszene relativ geringe Bedeutung. So sind die Chancen, dass diese Themen dauerhaft einen prominenten Platz in der kanadischen Tagespolitik besetzen, derzeit als gering einzustufen.

Umfrageergebnisse bestätigen das Bild. Selbst während der parlamentarischen Auseinandersetzung um das von der Bundesregierung eingebrachte neue Antiterrorgesetz C-51 im Februar und März 2015 betrachteten nur etwa 20% der Befragten das Thema Sicherheit als das wichtigste Thema der auf den 19.10.2015 angesetzten Parlamentswahlen. Das Gros der Bürger (circa 40%) schrieb einer auf die Belange der Mittelklasse zugeschnittenen Wirtschafts- und Sozialpolitik maßgebliche Bedeutung zu (vgl. EKOS 2015). Aus diesem Grund ist es auch nicht erstaunlich, dass kanadische Politiker nicht damit rechneten, dass die drei Themenkomplexe Geheimdienste, Geheimdienstkontrolle und Datenschutz eine wichtige Rolle im Wahlkampf spielen würden, und ihnen deshalb einen im Verhältnis zu wirtschaftspolitischen Fragen zweitrangigen Platz auf der künftigen Regierungsagenda beimaßen (Interview Joyce Murray 2015). Der Wahlkampf bestätigt aktuell die Annahmen der interviewten Politiker. Tatsächlich tritt das Thema Datenschutz tritt in den aktuell (September 2015) stattfindenden TV-Debatten und in den Wahlkampfveranstaltungen der drei großen landesweit operierenden Parteien (Konservative, Liberale und Sozialdemokraten) kaum oder gar nicht in Erscheinung, auch wenn die konservative Partei versucht, Sicherheit und Terrorismus in den Fokus des Wahlkampfs zu rücken. Vordergründig betrachtet, scheinen Snowdens Enthüllungen für die kanadische Politik keine nennenswerten Konsequenzen gehabt zu haben.

Dieser Befund impliziert jedoch nicht, dass die Debatte über die Kontrolle der Geheimdiensttätigkeit stillsteht oder gar irrelevant ist. Forderungen, die sich auf eine bessere Kontrolle der Geheimdienste richten, stehen jedoch in einem Spannungsverhältnis zu Forderungen, die auf eine Verstärkung der inneren Sicherheit zielen. Gerade dieser Komplex ist nach den Anschlägen vom Oktober 2014 in das Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung gerückt. Die entsprechende Tendenz gelangt auch in Gesetzesvorhaben wie dem Antiterrorgesetz C-51 zum Ausdruck. Auf die Einzelheiten der Debatte um die innere Sicherheit wird in Verbindung mit Fragen der Geheimdiensttätigkeit und der Geheimdienstkontrolle unter Kapitel 3.2 und Kapitel 3.3 noch näher eingegangen.

Veränderungen der politischen Wahrnehmung finden häufig nur langsam in konkreten Ergebnissen ihren Niederschlag. Bis etwa die Reformen, die die im Fall Mehar Arar zu Tage getretenen Gesetzeslücken schlossen, implementiert werden konnten, vergingen mehr als zehn Jahre. Eine differenzierte Beurteilung der Auswirkungen der Snowden-Affäre bedarf einer langfristig angelegten Perspektive (Interview Leslie Fournier-Dupelle 2015). In diesem Zusammenhang ist auch anzumerken, dass in vielen Interviews nicht die Enthüllungen Snowdens, sondern die Terroranschläge vom 11.09.2001 als eigentlicher „game changer“ angesehen werden (vgl. stellvertretend Interview Christopher Prince 2015). Nach 9/11 wurden die Geheimdienste personell stark ausgebaut, und es kam zur Ausweitung ihrer Tätigkeitsfelder und ihres rechtlichen Mandats. Allgemein erhöhte sich die öffentliche Akzeptanz staatlicher Überwachungsmaßnahmen (Bennett et al. 2014). Die wachsende „Versicherheitlichung“ (*securitization*, Wæver 1995) der Politik hat den Geheimdiensten in die Hände gespielt. Dieser Trend ist nicht allein in Kanada zu beobachten, sondern lässt sich in der westlichen Welt insgesamt ausmachen.

3.2 Geheimdienstaktivitäten

Die im Mittelpunkt der jüngeren Debatte über die Geheimdienste stehenden Aktivitäten des CSEC waren der breiteren Öffentlichkeit vor Snowdens Enthüllungen

nicht bekannt. Auch im Parlament wurden sie kaum diskutiert, was nicht zuletzt durch das Fehlen einer Instanz zur Kontrolle der Geheimdienste auf der Ebene der Legislative zu erklären ist. Die Debatte um die Tätigkeit des CSIS nahm erst in Zusammenhang mit der geplanten Ausweitung des Mandates des Inlandsgeheimdienstes durch das Gesetz C-51 im Frühjahr 2015 ihren Lauf.

In Verbindung mit der Snowden-Affäre rückte das CSEC ab Oktober 2013 ins politische Rampenlicht. Kanadische Parlamentarier richteten in Unterhaus und Senat in der Zeit zwischen dem 16.10.2013 und dem 19.06.2014 mehr als 50 die CSEC-Tätigkeit betreffende Anfragen an die Regierung (Office of the Privacy Commissioner 2014c: 10). Zu einer grundsätzlichen Richtungsänderung in der Politik der Regierung gegenüber den Geheimdiensten kam es jedoch nicht. In dieser Hinsicht haben die Enthüllungen Edward Snowdens und die daran anschließende parlamentarische Debatte über Stellung und Aktivitäten der Geheimdienste mithin keine Veränderungen bewirkt. Die Mandate von CSIS und CSEC wurden mit dem Gesetz C-51 sogar ausgeweitet (siehe dazu Kapitel 4).

Die Debatte über die Tätigkeit der Geheimdienste nach Snowden lässt sich anhand von zwei gegenläufigen Argumentationsmustern nachzeichnen:

1) Auf der einen Seite befinden sich diejenigen Politiker und Aktivisten, die die Position einnehmen, dass die Geheimdienste ihre rechtlichen Befugnisse überschritten und damit einen „Schaden“ verursacht haben. Dessen Ausmaß wird unterschiedlich bewertet und reicht vom internationalen Imageverlust des kanadischen Staats bis zur Verletzung der Rechte der kanadischen Bürger durch die Missachtung der Datenschutzbestimmungen. Diese Argumentationslinie stützte sich in den ersten Monaten der Snowden-Affäre auf eine Reihe in kurzen Abständen aufeinander folgender Enthüllungen. Im Oktober 2013 sickerte durch, dass das CSEC offenbar das brasilianische Ministerium für Bergbau und Energie abgehört hatte (Freeze und Nolen 2013). Der dadurch verursachte außenpolitische Schaden veranlasste die liberale Opposition dazu, die Gesetzesvorlage C-551 im Unterhaus einzubringen. Sie sollte zur Einrichtung eines parlamentarischen Kontrollgremiums führen (siehe Kapitel 3.3). Im November 2013 wurde bekannt, dass das CSEC die Überwachung des G20 Gipfels in Toronto durch die NSA wissentlich geduldet hatte (McDiarmid 2013). Außerdem wurde berichtet, Kanada habe in Kooperation mit der

NSA Abhörstationen in 20 Ländern aufgebaut (Weston et al. 2013b). Im Dezember 2013 wurde aufgedeckt, dass Vertreter des CSEC und des CSIS ein Bundesgericht in mehreren Fällen bewusst belogen hatten, um Genehmigungen zur Überwachung von Individuen und Gruppen zu erhalten (Perkel 2013). Schließlich wurde im Januar 2014 publik, dass die kanadischen Geheimdienste das WiFi-System eines kanadischen Großflughafens überwacht hatten (Weston et al. 2014). Die liberale Opposition forderte daraufhin Anfang Februar 2014 erneut die Verabschiedung der Gesetzesvorlage C-551 durch das Unterhaus, scheiterte jedoch auch dieses Mal an der Blockadehaltung der Konservativen.

2) Auf der anderen Seite treffen wir auf die Verteidiger der Geheimdienste, die aus den Reihen der Geheimdienste selbst sowie aus den Reihen der konservativen Regierung und Parlamentsmehrheit kommen. Sie betonen die Bedeutung der geheimdienstlichen Arbeit für die nationale Sicherheit, befürworten eine Ausweitung der Kompetenzen von CSIS und CSEC und betrachten Snowden als einen „Verbrecher“, der die nationale Sicherheit der USA und auch Kanadas gefährdet und die prinzipiell rechtmäßige Arbeit der Geheimdienste in Verruf gebracht habe (siehe stellvertretend Interview Peter Kent 2015). So forderte John Baird als amtierender kanadischer Außenminister Snowden im Dezember 2013 öffentlich auf, für sein Handeln geradezustehen und sich den US-Behörden zu stellen (Canadian Press 2013).

Vor den Gefahren einer allumfassenden Überwachung kanadischer Bürger durch die nationalen Geheimdienste warnen vor allem zivilgesellschaftliche Akteure. Sie sehen in den Enthüllungen Edward Snowdens neue Belege für das gesetzeswidrige Verhalten der Geheimdienste CSIS und CSEC. Die *British Columbia Civil Liberties Association* (BCCLA) erstattete am 22.10.2013 gar Anzeige gegen das CSEC. Nach Auffassung der Vereinigung hat das CSEC mit der Sammlung von Metadaten die private Kommunikation von Kanadiern überwacht und so gegen die Grundrechte verstoßen (Interview Carmen Cheung 2014). Der Rechtsstreit ist noch nicht abgeschlossen. Andere Organisationen haben zudem verschiedene Kampagnen für einen besseren Datenschutz gestartet (so etwa OpenMedia.ca mit „Stop Online Spying“). Sie möchten so die Bevölkerung mobilisieren und die kanadische Regierung zu Reformen im Datenschutz und bei

der Kontrolle der Geheimdienste bewegen. Bisher haben solche Kampagnen die Regierungspolitik in diesen Bereichen nicht erkennbar beeinflusst.

Darüber hinaus sorgen sich Oppositionspolitiker – wie auch die erwähnten zivilgesellschaftlichen Akteure – wegen der in Brasilien wie auch im Rahmen des G8- und G20-Gipfels aufgedeckten Abhörtätigkeiten des Auslandsgeheimdienstes um das Ansehen Kanadas in der Welt. Durch die Spionage werde internationales Vertrauen zerstört und gezeigt, dass „Kanada nicht länger das Unschuldslamm“ auf der Bühne der globalen Politik ist (Interview Wayne Easter 2015). Es versteht sich von selbst, dass in diesem Zusammenhang auch die Parteipolitik zu berücksichtigen ist. Es sind vornehmlich Politiker aus den Reihen der Opposition, die einen Schaden für das Ansehen Kanadas feststellen. Einige dieser Politiker führen den Schaden zudem nicht allein auf die Aktivitäten der Geheimdienste zurück, sondern auch auf Entscheidungen der konservativen Regierung in anderen Politikfeldern wie etwa – man denke an den Ausstieg Kanadas aus dem Kyoto-Protokoll – der Umweltpolitik (Interview Joyce Murray 2015).

Repräsentanten der Regierungsfraktion vertreten einen anderen Standpunkt. Aus der Sicht konservativer Parlamentarier hat nicht die Reputation Kanadas Schaden genommen, sondern primär die Reputation der Geheimdienste. Dementsprechend plädiert etwa Daryl Kramp für eine stärkere Geheimdienstkontrolle (siehe Kapitel 3.3). Grundsätzlich sei die geheimdienstliche Arbeit aufgrund ihrer Bedeutung für die Belange der nationalen Sicherheit jedoch zu verteidigen. Zudem seien die Spionageaktivitäten der Geheimdienste nicht allein ein kanadisches Problem. Auch andere Staaten setzten ihre Geheimdienste ein, um im In- und Ausland Informationen zu sammeln. Insofern sei Kritik kaum angebracht (Interview Daryl Kramp 2015). In eine ähnliche Richtung weist das Argument, die internationale Kooperation Kanadas habe sich durch die Enthüllungen Snowdens nicht verändert. Lediglich das Erscheinungsbild Kanadas in der Öffentlichkeit anderer Staaten habe unter den Enthüllungen gelitten. Dies habe im Endeffekt aber keinen Einfluss auf die Zusammenarbeit der Harper-Administration mit anderen Regierungen (Interview Peter Kent 2015). Für den Terrorismusexperten Wesley Wark wiederum hängt das vermeintlich schlechter werdende Image Kanadas im Ausland weniger mit den Geheimdiensten als mit dem übergeordneten Wandel der

kanadischen Außen- und Sicherheitspolitik zusammen (Interview Wesley Wark 2015).

Die Tätigkeit des kanadischen Auslandsgeheimdienstes CSEC wird vor dem Hintergrund der Zusammenarbeit mit den Partnerdiensten in der *5-Eyes Community* interpretiert. Einerseits betonen Politiker unterschiedlicher Couleur, Kanada habe in dieser *Community* eine gleichberechtigte Stellung inne (vgl. stellvertretend Interview Peter Kent 2015). Andererseits lasse sich die faktische Vorherrschaft der NSA im *5-Eyes* Kontext schwer bestreiten. Deswegen sei das CSEC versucht, durch „spektakuläre Aktionen“ seine Rolle als gleichwertiger und respektierter Partner im *5-Eyes* Verbund herauszustreichen (Interview Michael Geist 2015).

Die sich aus der materiellen und technologischen Dominanz der NSA ergebenden asymmetrischen Kapazitäten innerhalb der *5-Eyes Community* machen Kanada von den Informationen des US-Partnerdienstes abhängig, da die eigenen Aufklärungsdienste nicht im gleichen Maße Zugang zu relevanten Informationen erhalten können (Interview Wesley Wark 2015; Interview Elizabeth May 2015). Aus der Sicht einiger Interviewpartner besteht für den Fall einer strikteren Überwachung der nationalen Geheimdienste die Gefahr, dass Kanada von den von der NSA gesammelten Daten nicht mehr profitiert und sein geheimdienstlicher Apparat dadurch an Effektivität einbüßt (Interview Leslie Fournier-Dupelle 2015; Interview Christopher Prince 2015).

Zivilgesellschaftliche Akteure tendieren dazu, das CSEC in einer stärkeren Position zu sehen. Sie heben den Nutzen hervor, den durch das CSEC gesammelte Informationen auch für die USA haben, und schreiben dem südlichen Nachbarn ein großes Interesse an der bilateralen Zusammenarbeit der Geheimdienste zu. Sie merken kritisch an, das CSEC habe seine Rolle in der *5-Eyes Community* in der Zeit nach den Enthüllungen durch Edward Snowden bewusst heruntergespielt, um der kanadischen Öffentlichkeit das Bild vermitteln, für die von Snowden enthüllten Spionageaktivitäten seien vornehmlich US-amerikanische Dienste – allen voran die NSA – verantwortlich (Interview Carmen Cheung 2014; Interview Catherine Hart 2014).

Die Debatte über die Aktivitäten der kanadischen Geheimdienste im Ausland lief bis Anfang 2014. Bis dahin gelangten immer wieder neue Details über die Beteiligung des CSEC an Spionageoperationen ans Tageslicht. Vom Frühjahr 2014 an konzentrierte sich die Diskussion auf die Rolle der Geheimdienste im Inland und auf die Fragen, welche Folgen das Sammeln von Metadaten für die kanadischen Bürger hat, und ob diese Daten unrechtmäßig gespeichert werden. Der auf Kanada gerichtete Fokus verdrängte die internationale Perspektive.

Mit der Snowden-Affäre ist in der kanadischen Geheimdienstdebatte die Tätigkeit des CSEC in den Mittelpunkt gerückt. Vor dem Hintergrund der Snowden-Affäre verlangten Oppositionspolitiker und zivilgesellschaftliche Akteure eine bessere Kontrolle der Geheimdienste und einen besseren Datenschutz. Die im Parlament sowie in der breiteren politischen Öffentlichkeit geführten Diskussionen haben jedoch keine Richtungsänderung in der Politik der konservativen Bundesregierung bewirkt. Die Kontroversen über die Tätigkeit der Geheimdienste zogen keine gesetzliche Einschränkung des Mandats der Geheimdienste nach sich. Vielmehr wurden die Kompetenzen von CSEC und CSIS weiter ausgebaut (siehe Kapitel 4).

3.3 Geheimdienstkontrolle

Seit den Enthüllungen Edward Snowdens melden sich vermehrt Befürworter einer strengeren richterlichen und politischen Aufsicht über die Geheimdienste zu Wort. Die Opposition brachte im November 2013 den Gesetzesentwurf C-551 zur Schaffung eines parlamentarischen Gremiums zur Kontrolle der Geheimdienste im Unterhaus ein. Auch in den Medien wurde bereits seit dem Sommer 2013 eine bessere institutionelle Kontrolle der Geheimdienste nach US-amerikanischem Vorbild gefordert (vgl. stellvertretend Cavoukian et al. 2013). Die Konservativen traten diesen Forderungen zunächst mit dem Argument entgegen, mit dem SIRC und dem OCSEC gäbe es bereits unabhängige Kontrollbehörden, deren Berichte die Legalität der Geheimdiensttätigkeit durchweg bestätigen würden (vgl.

stellvertretend Trinh 2014). Ein Ausbau dieser Behörden oder die Schaffung eines parlamentarischen Kontrollgremiums seien daher nicht nötig.

Während manche Befürworter einer strengeren Geheimdienstkontrolle eine effektivere unabhängige Aufsichtsbehörde oder gar ein parlamentarisches Aufsichtsgremium sowohl für den CSIS als auch für das CSEC fordern, sehen Teile der Politik die Lösung des Problems in einer besseren finanziellen und personellen Ausstattung der bereits vorhandenen Nachprüfungsstellen. Die eigentliche Aufsicht über CSIS und CSEC unterliegt derzeit den übergeordneten Ministerien. Außerdem wird der CSIS von den Bundesgerichten kontrolliert, wenn der Geheimdienst die Genehmigung von Überwachungsmaßnahmen beantragt.

Der Begriff der „Aufsicht“ hat für die einzelnen Akteure allerdings nicht immer dieselben semantischen Konnotationen. In der Debatte werden die Begriffe „oversight body“ (Aufsichtsbehörde) und „review body“ (Nachprüfungsstelle) oft synonym gebraucht, obwohl sie sich auf unterschiedliche Organisationsebenen mit unterschiedlichen Aufgabenbereichen beziehen:

„An oversight body looks on a continual basis at what is taking place inside an intelligence service and has the mandate to evaluate and guide current actions in ‘real time’. SIRC is a review body, so unlike an oversight agency, it can make a full assessment of CSIS’s past performance without being compromised by any involvement in its immediate, day-to-day operational decisions and activities.” (Security Intelligence Review Committee 2014: 12)

Das SIRC und das OCSEC sind nicht als Aufsichtsbehörden angelegt, die den täglichen Ablauf der Geheimdienstarbeit kontrollieren, sondern als Nachprüfungsstellen. Die im Jahr 2012, also vor den Enthüllungen Snowdens, abgeschaffte Figur des CSIS-Generalinspektors fungierte gegenüber dem kanadischen „Verfassungsschutz“ als quasi-Aufsichtsinstanz. Sie war in die Strukturen des CSIS eingebunden und konnte dessen Tagesbetrieb zumindest partiell überwachen.

In den Diskussionen um die Effektivierung der Geheimdienstkontrolle kommen drei verschiedene Argumentationsmuster zum Vorschein. **Erstens** wird vor allem in den Reihen der konservativen Fraktion seit der Aufgabe der anfänglichen Blockadehaltung der Regierung im Sommer 2014 für eine bessere gerichtliche Kontrolle der Geheimdienste plädiert (Interview Daryl Kramp 2015; Interview Peter

Kent 2015). In der öffentlichen Debatte hat dieser Vorschlag jedoch keine nachhaltige Unterstützung gefunden, denn es existieren bereits einige Mechanismen zur gerichtlichen Kontrolle der Geheimdienste. Der CSIS benötigt für den Zugriff auf die Internet- oder Telefonkommunikation von verdächtigen Individuen und Gruppen die Genehmigung eines Bundesgerichts. Im Überprüfungszeitraum 2013-2014 wurden 85 Gerichtsbeschlüsse neu erteilt und 178 erneuert oder erweitert. Insgesamt belief sich die Zahl genehmigter Überwachungen also auf 263 (Security Intelligence Review Committee 2014: 18).

Von Seiten konservativer Politiker wird die Unabhängigkeit der Gerichte hervorgehoben und als Faktor ins Spiel gebracht, der ein parlamentarisches Kontrollgremium überflüssig mache. Eine stärkere gerichtliche Kontrolle sollte auch durch die Verabschiedung des Antiterrorgesetzes C-51 erreicht werden. Diese Kontrolle wird von den Kritikern der vorhandenen Mechanismen nicht grundsätzlich abgelehnt. Allerdings sehen sie – nicht zuletzt in Anbetracht der Enthüllungen Snowdens – darin allein keine adäquate Antwort auf die Herausforderung einer effektiven Aufsicht über die Geheimdienste. Augenscheinlich waren die Gerichte nicht in der Lage, eine angemessene Geheimdienstkontrolle zu gewährleisten. Was das CSEC angeht, gibt es außerdem gar keine Kontrolle durch die Gerichte, wie etwa die BCCLA in ihrer Klage gegen das CSEC anführt (Interview Carmen Cheung 2014; Interview Joyce Murray 2015; Interview Wayne Easter 2015). Den Kritikern zufolge machen die bestehenden rechtlichen Strukturen ein parlamentarisches Kontrollgremium keinesfalls überflüssig. Vielmehr sollten die Gerichte das neu zu schaffende Gremium flankierend unterstützen.

Dementsprechend dreht sich die Debatte **zweitens** über weite Strecken um die Frage der Einrichtung einer parlamentarischen Kontrollinstanz, die die Aktivitäten der Geheimdienste überwacht. Kanada ist das einzige Land der *5-Eyes Community*, das nicht über ein derartiges Gremium verfügt (Security Intelligence Review Committee 2014: 5). Politiker der liberalen Opposition brachten vor dem Hintergrund der Enthüllungen Snowdens zwei Gesetzesvorlagen zur Schaffung eines parlamentarischen Kontrollgremiums ein: Wayne Easter im November 2013 die bereits genannte Gesetzesvorlage C-551 (*National Security Committee of Parliamentarians Act*) und Joyce Murray im Juni 2014 die Gesetzesvorlage C-622

(*CSEC Accountability and Transparency Act*). Murrays Entwurf sollte zugleich den *National Defence Act*, der das Mandat des CSEC definiert, reformieren. Beide Vorhaben wurden von der konservativen Parlamentsmehrheit abgelehnt. Nach einer ersten Lesung wurden sie nicht an die zuständigen Ausschüsse weitergeleitet, was ihre Verabschiedung in der laufenden Legislaturperiode unmöglich machte.

Auf größere Zustimmung stößt die Initiative für eine parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste bei Vertretern der Zivilgesellschaft (Interview Carmen Cheung 2014) und Experten aus der Wissenschaft (Interview Wesley Wark 2015). Sie betrachten die Beaufsichtigung der Geheimdienste durch demokratisch gewählte Repräsentanten als einen wichtigen Schritt, um einen besseren Datenschutz zu gewährleisten und um willkürlichen Spionageaktivitäten Einhalt zu gebieten.

Der Nutzen der Schaffung einer parlamentarischen Kontrollinstanz wird allerdings auch angezweifelt. Vertreter der konservativen Parlamentsfraktion äußern den Vorbehalt, dass parteipolitisches Taktieren die unabhängige Arbeit des Gremiums beeinträchtigen werde (Interview Daryl Kramp 2015). Das Argument wurde von konservativer Seite wiederholt in der parlamentarischen Debatte vorgetragen. So etwa am 04.02.2014, als – eine Woche nachdem die Überwachung des WiFi-Systems an einem kanadischen Flughafen enthüllt worden war – die liberale Oppositionspartei einen zweiten Anlauf zur Verabschiedung der Gesetzesvorlage C-551 unternahm. Die parlamentarische Staatssekretärin im Heimatschutzministerium, Roxanne James, hielt dem entgegen, das von den Liberalen angestrebte Gremium würde sich zu einer „partisan group of politicians“ mit Kontrollfunktionen gegenüber einer unabhängigen Nachprüfungsstelle, nämlich dem OCSEC, entwickeln. Dies sei nicht hinnehmbar und werde zudem einen zu großen bürokratischen Aufwand verursachen (Bronskill 2014).

Außerdem wird den Liberalen Effekthascherei vorgeworfen, da sie während ihrer Regierungszeit (bis 2006) ebenfalls kein Kontrollgremium eingeführt haben, obwohl dessen Schaffung schon damals politisch zur Debatte stand. Käme es tatsächlich zur Errichtung eines parlamentarischen Gremiums, wäre darüber hinaus zu beraten, wie mit dem separatistischen *Bloc Québécois* umgegangen werden soll. Die Frage hatte sich schon in der zu Beginn der 2000er Jahre geführten Diskussion

gestellt, da der Partei die Mitarbeit in einem solchen Gremium prinzipiell nicht verwehrt werden könnte. Aus liberaler Sicht ist das „Loyalitätsproblem“ der Quebecer allerdings nur theoretischer Natur und für die praktische Arbeit nicht relevant, da die Geheimdienste auch die Interessen Quebecs schützen (Interview Wayne Easter 2015). Zudem ist der *Bloc Québécois* derzeit nicht in Fraktionsstärke im Unterhaus vertreten. Nach gegenwärtigem Informationsstand ist zu bezweifeln, dass sich diese Situation nach den Bundeswahlen am 19.10.2015 ändern wird.

In der Debatte um den parlamentarischen Kontrollausschuss taucht immer wieder die Frage auf, wie sich dessen spezifische Aufgaben von denjenigen der Gerichte unterscheiden sollten. Im bestehenden Kontrollsystem ist klar geregelt, welche Aufgaben den Richtern, der Regierung und den unabhängigen Nachprüfungsstellen zufallen. Bliebe es eine rein symbolisch Kontrollinstanz ohne ausreichende Kompetenzen, brächte ein neues Gremium keinen großen Nutzen. Seine Errichtung zöge zudem möglicherweise weiterreichende Veränderungen nach sich und könnte etwa zur Abschaffung der unabhängigen Nachprüfungsstellen SIRC und OCSEC führen. Für den Ausschuss gibt es keinen Präzedenzfall, so dass sich die dort versammelten Abgeordneten in Bereiche einarbeiten müssten, mit denen sie bislang kaum befasst waren. Hinzu käme die Notwendigkeit einer speziellen Sicherheitsüberprüfung dieser Abgeordneten, damit ihnen Einsicht in geheime und vertrauliche Dokumente gewährt werden kann. Entsprechende Regelungen existieren bisher nicht.

Vor dem beschriebenen Hintergrund kreist die Debatte um die Geheimdienstkontrolle in Kanada schließlich **drittens** um die Stärkung der bereits existierenden Kontrolleinrichtungen SIRC und OCSEC. Im Jahre 2006 hatte die *O'Connor Commission* in ihren Empfehlungen bereits den Ausbau der zwei Nachprüfungsstellen gefordert, um so für eine effektivere Überprüfung der Geheimdienste zu sorgen (Government of Canada 2006). Bürgerrechtler und zivilgesellschaftliche Organisationen wie die BCCLA und die FIPA haben sich diesen Empfehlungen angeschlossen und fordern deren Umsetzung (Interview Carmen Cheung 2014; Interview Vincent Gogolek 2014). Ein wichtiger Punkt ist in diesem Zusammenhang auch die Ermöglichung einer effektiven Kooperation zwischen OCSEC und SIRC:

„CSEC and CSIS also have different legislation but their respective laws authorize cooperation between them, whereas the legislation governing my office [*das OCSEC, die Verfasser*] and SIRC does not contain similar provisions. This means that where CSEC and CSIS cooperate and conduct joint activities, my office and SIRC do not have an equivalent authority to conduct joint reviews. Nonetheless, I believe a certain amount of collaboration among review bodies is possible under existing legislation.” (Office of the CSE Commissioner 2013: 5)

Auf der Basis der derzeitigen Gesetzeslage ist die Kooperation zwischen SIRC und OCSEC nur eingeschränkt möglich. Dies behindert die Überprüfung der Aktivitäten der Geheimdienste, deren Kooperation nicht nur rechtlich möglich, sondern auch politisch gewollt ist. Daraus erklärt sich logischerweise auch das Anliegen einer Erweiterung und engeren Verschränkung der Mandate des SIRC und des OCSEC. Hinzu kommt die Forderung nach einer richterlichen Genehmigung von CSEC-Einsätzen (Interview Joyce Murray 2015).

Das neue Antiterrorgesetz C-51 soll unter anderem die Kompetenzen des CSIS erweitern. Damit wachsen auch die Kontrollaufgaben des SIRC. Zivilgesellschaftliche und parlamentarische Akteure sehen dies als problematisch an, denn sowohl das SIRC als auch das OCSEC gelten als unterfinanziert und arbeiteten bereits vor der Verabschiedung des Gesetzes an den Grenzen ihrer personellen Belastbarkeit (Interview Joyce Murray 2015; Interview Wayne Easter 2015). Nicht alle Mitarbeiter der zwei Büros haben eine Vollzeitstelle. Beim OCSEC befasst sich zudem nur ein Teil der rund ein Dutzend Angestellten tatsächlich mit der Überprüfung des CSEC. Auch ehemalige SIRC-Angehörige haben in der öffentlichen Diskussion um das Gesetz C-51 im Frühjahr 2015 auf die Probleme hingewiesen, die dem Komitee aufgrund von Mittelknappheit entstehen (CBC News 2015). Selbst führende Politiker der konservativen Regierungsfraktion kommen mittlerweile zu einer ähnlichen Einschätzung (Interview Daryl Kramp 2015). Die Nachprüfungsstellen verfügen nicht über ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen, um ihre Aufgaben effektiv wahrnehmen zu können. Zudem war die Hälfte der Sitze des SIRC über einen längeren Zeitraum nicht besetzt, was die Kontrollfähigkeit der Nachprüfungsstelle nachhaltig einschränkte. Für die konservative Bundesregierung bestand offenbar kein Anlass, die Kontrolle über die kanadischen Geheimdienste zu verstärken. Ungeachtet der in den Monaten nach den Enthüllungen Snowdens anwachsenden Kritik an dieser Haltung, blieben

Stellen im SIRC zunächst weiterhin unbesetzt. Die durch die Snowden-Affäre ausgelöste Debatte über die Kontrolle der Geheimdienste scheint die Regierungspolitik also nur wenig beeinflusst zu haben. Es gilt freilich auch zu berücksichtigen, dass das Budget für das SIRC im Bundeshaushalt 2015 fast verdoppelt wurde und sich nunmehr auf fünf Millionen kanadische Dollar beläuft. Die Opposition hält dies vor dem Hintergrund des massiven Ausbaus des CSIS wiederum für unzureichend.

Aufgrund des Berichterstattungsverfahrens verfügt das OCSEC nur über begrenzte Möglichkeiten, geheimdienstliches Fehlverhalten offenzulegen (vgl. stellvertretend Weston 2013). Der CSEC-Leitung bleibt nämlich die Option vorbehalten, aus ihrer Sicht sicherheitsrelevante Informationen zurückzuhalten. Erst nach einer weiteren Prüfung durch den zuständigen Minister wird der OCSEC-Bericht dem Parlament vorgelegt. Im Zuge des Ausbaus der Geheimdienststrukturen – etwa durch das Gesetz C-51 – wird deshalb in der parlamentarischen Debatte eine stärkere Gewichtung der ministeriellen Verantwortlichkeit gefordert (Interview Daryl Kramp 2015). Der zuständige Minister solle in Zukunft besser informiert werden und gegenüber dem kanadischen Unterhaus für größere Transparenz sorgen, so dass Missstände innerhalb der Geheimdienste aufgedeckt und rechtlich bedenkliche Aktivitäten rechtzeitig verhindert werden können.

Die seit den Enthüllungen Edward Snowdens in Kanada geführte Debatte um eine bessere Geheimdienstkontrolle greift viele Argumente auf, die bereits im vergangenen Jahrzehnt zu vernehmen waren. Im Zuge der Diskussionen, die seit 2013 in den Medien wie im Parlament stattfinden, hat sich die konservative Exekutive nach anfänglichem Zögern bereit gezeigt, die gerichtlichen Kontrollmöglichkeiten zu verbessern und das Budget der Nachprüfungsstellen aufzustocken. Es scheint jedoch zweifelhaft, dass daraus eine effektivere Kontrolle über die Geheimdienste resultiert, da gleichzeitig auch die Kompetenzen von CSIS und CSEC ausgebaut wurden. Weder die Einrichtung eines parlamentarischen Aufsichtsgremiums noch eine Ausweitung der Mandate von OCSEC und SIRC ließen sich im politischen Prozess durchsetzen.

3.4 Datenschutz

Ein letztes Hauptthema der öffentlichen Diskussion um die Kontrolle der Geheimdienste in Kanada ist schließlich der Datenschutz. Im Vordergrund steht hier typischerweise das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit: Inwieweit ist Sicherheit die Grundvoraussetzung für den Erhalt individueller Freiheit, und inwieweit erfordert Sicherheit den Schutz der Freiheit des Individuums gegenüber dem Staat? Auf diese Fragen geben die regierenden Konservativen auf der einen, die Oppositionsparteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen auf der anderen Seite erwartungsgemäß verschiedene Antworten. Auch bei der Beurteilung der Frage, wie transparent die Tätigkeit der Geheimdienste sein sollte, stoßen wir auf unterschiedliche Positionen. Transparenz wird vor allem deshalb gefordert, um die Geheimdienste besser kontrollieren zu können. Durch mehr Transparenz soll sichergestellt werden, dass die privaten Daten der Bürger nicht unrechtmäßig verwendet werden. Da Kanadas Datenschutzbestimmungen an sich durchaus restriktiv sind, soll mehr Transparenz nicht zuletzt dazu beitragen, dass die Bestimmungen auch konsequent befolgt werden.

Bereits vor der Snowden-Affäre wurden Bedenken gegen die legislativen Pläne der Harper-Regierung vorgebracht, so etwa gegen das im Februar 2012 eingebrachte Gesetz C-30 (*Protecting Children from Internet Predators Act*).⁴ Das Gesetz zielte darauf ab, den Sicherheitsbehörden den Zugriff auf die Informationen von Kunden kanadischer Telekommunikations- und Internetfirmen ohne richterliche Genehmigung zu ermöglichen. Die Vorlage wurde zwar von der Regierung zunächst wieder zurückgezogen, im November 2013 (d. h. nach den Enthüllungen Edward Snowdens) aber als Gesetz C-13 (*Protecting Canadians from Online Crime Act*) in abgewandelter Form erneut präsentiert und vom Parlament verabschiedet (siehe Kapitel 4).

Für seine Kritiker verletzt das Gesetz zum einen das verfassungsrechtliche Gebot, die Bürger vor willkürlichen Durchsuchungsmaßnahmen zu schützen (Interview Catherine Hart 2014, Interview Vincent Gogolek 2014). Zum anderen wirft es die Frage auf, ob das Sammeln von Metadaten durch Polizei und Geheimdienste

⁴ In seiner ersten Fassung hieß das Gesetz noch *Lawful Access Act*.

einen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Kanadier darstellt (Office of the Privacy Commissioner of Canada 2014e). Nach der Aufdeckung der Überwachung des WiFi-Systems eines kanadischen Großflughafens im Januar 2014 wurde die Diskussion über die Erfassung von Metadaten intensiver.

Um die Kritik an der Sammlung von Metadaten nachzuvollziehen, müssen wir uns vor Augen führen, was im PIPEDA und dem CPA unter „persönlichen Informationen“ verstanden wird. Im PIPEDA ist dazu zu lesen:

„Personal information’ means information about an identifiable individual, but does not include the name, title or business address or telephone number of an employee of an organization.” (Parliament of Canada 2000)

Im CPA findet sich wiederum folgende Definition:

„*personal information*’ means information about an identifiable individual that is recorded in any form including, without restricting the generality of the foregoing,

(a) information relating to the race, national or ethnic origin, colour, religion, age or marital status of the individual,

(b) information relating to the education or the medical, criminal or employment history of the individual or information relating to financial transactions in which the individual has been involved,

(c) any identifying number, symbol or other particular assigned to the individual,

(d) the address, fingerprints or blood type of the individual,

(e) the personal opinions or views of the individual except where they are about another individual or about a proposal for a grant, an award or a prize to be made to another individual by a government institution or a part of a government institution specified in the regulations (...).” (Parliament of Canada 1985)

In der Auflistung folgen noch weitere Definitionsmerkmale sowie eine Reihe von Ausnahmebestimmungen, die insbesondere Regierungsangestellte betreffen.

Da Metadaten von der Bundesregierung nicht als persönliche Informationen im Sinne des CPA gewertet werden, können staatliche Behörden sie ohne Zustimmung der Betroffenen sammeln (Interview Wesley Wark 2015; Interview Joyce Murray 2015). In den vergangenen Jahren gefällte Gerichtsentscheidungen haben freilich rechtliche Zweifel an dieser Praxis aufkommen lassen. Auch wenn

Metadaten nicht über die Inhalte privater Telefongespräche oder Emails Aufschluss geben, lassen sich daraus in Kombination mit einem Namen doch sensible Informationen über eine Einzelperson gewinnen. Da kanadische Gerichte in einigen Fällen anerkannt haben, dass Metadaten persönliche Informationen preisgeben können, ist der Bundesdatenschutzbeauftragte in der Debatte um den Umgang mit Metadaten – und auch vor dem Hintergrund der Enthüllungen Edward Snowdens – zu der Auffassung gelangt, dass sie unter den Datenschutz fallen sollten. Entscheidende Bedeutung sei dabei der Einzelfallprüfung beizumessen (Office of the Privacy Commissioner of Canada 2014e: 13).

Ein besonders relevantes Beispiel ist in diesem Zusammenhang die im Juni 2014 verkündete Entscheidung des kanadischen Verfassungsgerichts im Fall *R. v. Spencer*. Matthew D. Spencer war angeklagt, sich kinderpornografische Inhalte von einer Filesharing-Plattform auf seinen Computer heruntergeladen zu haben. Die RCMP fand seine IP-Adresse auf einer Liste, die sie mit einer speziellen Software zur Überwachung solcher Plattformen erstellt hatte. Daraufhin kontaktierten die Behörden die Telekommunikationsfirma Shaw, die die IP-Adresse verwaltete. Ohne eine richterliche Genehmigung eingeholt zu haben, forderten sie die Herausgabe der zu dieser Adresse gehörenden individuellen Informationen. Spencers Verteidigung argumentierte, die Persönlichkeitsrechte ihres Mandanten seien verletzt worden, da dessen persönliche Daten ohne richterlichen Beschluss an die Polizeibehörden weitergeleitet worden waren.

Das kanadische Verfassungsgericht gab der Beschwerde statt (Supreme Court of Canada 2014). Die Polizeibehörden hätten bei der Einholung von Informationen zur Identität des Beschuldigten gesetzes- und verfassungswidrig gehandelt. Bei der Durchsuchung von Spencers Haus wäre das Recht der Bürger auf Schutz vor willkürlichen Durchsuchungen (Section 8, Charter of Rights and Freedoms) verletzt worden. Aus der Sicht der Befürworter strengerer Datenschutzbestimmungen enthält der folgende Passus den Kernpunkt des Urteils: „[I]n the totality of the circumstances of this case, there is a reasonable expectation of privacy in the subscriber information.“ (Supreme Court of Canada 2014) Diese „reasonable expectation of privacy“ schließt der Auffassung des Verfassungsgerichts nach auch IP-Adressen ein. Um zu beurteilen, welche Art von

Metadaten als persönliche Informationen zu gelten haben, sei eine sorgfältige Einzelfallprüfung erforderlich. Im Weiteren erläutert das Gericht: „The Court has looked at not only the nature of the precise information sought, but also at the nature of the information that it reveals.” (Supreme Court of Canada 2014) Wenn Metadaten zu persönlichen Informationen über einen Nutzer und dessen Online-Verhalten führen, stelle der Zugriff auf diese Daten ohne richterlichen Beschluss einen schwerwiegenden Eingriff in die Persönlichkeitsrechte des Internetnutzers dar.

Der *Supreme Court* stärkte mit diesem Urteil den Datenschutz in Kanada. Dies kann man durchaus auch als eine Folge der Enthüllungen Snowdens betrachten. Wie effektiv die Stärkung sein wird, lässt sich freilich nur vermuten. Die mit Snowdens Enthüllungen sichtbar gewordenen technischen Möglichkeiten der Geheimdienste und Sicherheitsbehörden zur Überwachung der Bürger haben auch in Kanada das Potential, die Sensibilität der Öffentlichkeit für Fragen des Datenschutzes dauerhaft zu erhöhen (Interview Charmaine Borg 2015). In der Post-Snowden-Ära war bislang nicht die parlamentarische Gesetzgebung, sondern die Rechtsprechung der Gerichte der maßgebliche Faktor bei der Verbesserung des Datenschutzes. Wie lange die entsprechenden Entscheidungen im politischen Alltag Bestand haben werden, lässt sich gegenwärtig nur schwer abschätzen.

Kritiker der konservativen Regierung sehen sich nach dem *R. v. Spencer*-Urteil in ihrer Ablehnung von Teilen des Antiterrorgesetzes C-51 bestärkt, da das Gesetz das Sammeln von Metadaten sowie den Austausch von Daten zwischen den kanadischen Sicherheitsbehörden erleichtern soll und insofern die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts konterkariert (Interview Joyce Murray 2015). Zivilgesellschaftliche Gruppen teilen diese Kritik und sehen durch Gesetzesinitiativen wie C-13 und C-51 das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit zu sehr in Richtung Sicherheit verschoben (Interview Carmen Cheung 2014; Interview Catherine Hart 2014; Interview Vincent Gogolek 2014).

Vorstößen der Opposition zur Reform des Datenschutzes blieb aufgrund der konservativen Mehrheit im Parlament der Erfolg versagt. Die NDP-Abgeordnete Charmaine Borg brachte im Februar 2013 eine Vorlage zur Abänderung des PIPEDA (C-475) und im März 2014 eine Vorlage zur Abänderung des CPA (C-580)

im Unterhaus ein. C-580 hätte die Position des Bundesdatenschutzbeauftragten stärken und sein Mandat erweitern sollen. Die Reformvorlage lässt sich als direkte Reaktion auf das Aufflammen der Diskussion über die Erfassung und Sammlung von Metadaten im Frühjahr 2014 ansehen. Die Notwendigkeit einer Reform der Datenschutzbestimmungen wird von der sozialdemokratischen NDP damit begründet, dass mit der digitalen Revolution Potentiale zur Vernetzung und zum Austausch von Daten entstanden sind, auf die der bestehende gesetzliche Rahmen keine adäquaten Antworten mehr bietet (Interview Charmaine Borg 2015). Borgs Vorlagen wurden jedoch von der konservativen Parlamentsmehrheit blockiert.

Eine Anpassung des Datenschutzes an die neuen technologischen Realitäten fordert auch der Bundesdatenschutzbeauftragte. So sollen Bundesbehörden begründen, warum sie das Sammeln bestimmter Daten als notwendig ansehen. Außerdem seien die Regeln für den Austausch von Daten mit anderen Ländern zu verbessern (Office of the Privacy Commissioner of Canada 2014b: 10). Unterm Strich werden die Chancen für eine Reform des CPA von Seiten des Büros des Datenschutzbeauftragten jedoch als eher gering eingeschätzt. Das Datenschutzgesetz sei ein „vernachlässigtes Kind“, und es bestehe nur geringes politisches Interesse an seiner Reform. Vorschläge zur Optimierung des Datenschutzes, wie sie die Jahresberichte des Büros an das Parlament enthalten, würden in der Regel nicht aufgegriffen (Interview Leslie Fournier-Dupelle 2015; Interview Christopher Prince 2015). Zu erwähnen ist im selben Zusammenhang auch die Einschätzung, die Bundesregierung habe kein Interesse daran, die Kompetenzen der Geheimdienste zu beschneiden. Letztlich setze sich in Kanada die Sicherheitsperspektive stets gegen die Freiheitsperspektive durch (Interview Elizabeth May 2015).

In der Tat heben Politiker aus den Reihen der Konservativen seit der Snowden-Affäre die Bedeutung der „nationalen Sicherheit“ hervor, wenn es um Fragen des Datenschutzes geht (Interview Peter Kent 2015; Interview Daryl Kramp 2015). Zugleich wird darauf hingewiesen, dass man Forderungen nach besserem Datenschutz im Rahmen einer Reform des CPA im Grundsatz durchaus unterstütze, eine entsprechende Reform jedoch nicht mit einer Gefährdung der Sicherheit Kanadas und seiner Bürger einhergehen dürfe (Interview Daryl Kramp

2015). Seit den ersten Enthüllungen Snowdens wird dieses Argument in der gesamten Debatte zur Geheimdienstkontrolle und zum Datenschutz gebetsmühlenartig wiederholt. Andererseits üben prominente Sprecher libertär-konservativer Kreise, darunter etwa Sheldon Clare, der Vorsitzende der *National Firearms Association*, sowie Vertreter konservativer Medien wie der Website *Free Dominion* oder der Tageszeitung *National Post* aber scharfe Kritik am Antiterrorgesetz C-51 und stufen es in einem offenen Brief als Maßnahme zur weiteren Einschränkung der Freiheiten kanadischer Bürger und zur Verschwendung von Steuergeldern ein (Stop C-51 2015).

Ein weiteres zentrales Thema der Debatte um Freiheit, Sicherheit und Datenschutz ist die Transparenz der Geheimdienstaktivitäten. *Accountability* und *transparency* sind auch für Stephen Harpers konservative Regierung politische Schlüsselkategorien. Diese Prioritätensetzung hat nach den ersten Enthüllungen Snowdens zu raschen Reaktionen seitens der Geheimdienste geführt. So hat das CSEC seine Homepage aktualisiert und ausgebaut, um den kanadischen Bürgern seine Aktivitäten detaillierter zu erläutern. Auch das OCSEC präsentiert der Öffentlichkeit nunmehr ausführlichere Berichte. Im Januar 2014 gab John Forster, der damalige CSEC-Chef, gegenüber dem *Senate Committee on Defence and National Security* folgendes Statement ab:

„[O]ne of the challenges I have, as the chief of that organization, is for us to be far more transparent and open as far as we can be within the confines of national security about what we do. We think that’s important as another way of ensuring public trust and confidence in the work we’re doing.” (Office of the Privacy Commissioner of Canada 2014b: 16)

Größere Transparenz soll das Vertrauen der Bevölkerung in die Geheimdienste erhöhen und der Entstehung von Verschwörungstheorien entgegenwirken. Verlautbarungen des OCSEC weisen in dieselbe Richtung. So ist im OCSEC-Bericht von 2013 zu lesen: „[T]he greater the transparency, the less sceptical and cynical the public will be.” (Office of the CSE Commissioner 2013: 4) Der *Annual Report* des Büros von 2014 greift das Transparenz-Thema erneut auf: „Transparency is important to maintain public trust”. Der Beauftragte für das CSEC weist sich darin die Aufgabe zu, die Arbeit seines Vorgängers fortzusetzen und auf eine größere Transparenz bei der Aufklärung über die Tätigkeit von CSEC wie OCSEC hinzuwirken (Office of the CSE Commissioner 2014b: 3, 5).

Das Büro des Bundesdatenschutzbeauftragten teilt die Auffassung, dass größere Transparenz eine Grundbedingung dafür ist, dass unter den kanadischen Bürgern bestehende Vorurteile über die Geheimdienstaktivitäten abgebaut werden können. Durch Herstellung von Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit lasse sich zeigen, dass Freiheit und Sicherheit nicht notwendigerweise im Gegensatz zueinander stehen, sondern sich ergänzen (Office of the Privacy Commissioner 2014c).

4 Gesetzgebung vor dem Hintergrund der Snowden-Affäre

Edward Snowdens Enthüllungen zogen in Kanada keine unmittelbaren politischen Konsequenzen nach sich. Obgleich sie die Beteiligung des CSEC an der internationalen Spionage der *5-Eyes Community* ans Tageslicht brachten, kam es im nördlichen Nachbarstaat der USA keineswegs zu einer Ausweitung der Geheimdienstkontrolle bzw. des Datenschutzes. Vielmehr ist festzustellen, dass die geheimdienstlichen Zuständigkeiten und Kapazitäten erweitert wurden.

Der Prozess der Stärkung der Sicherheitsbehörden setzte bereits ein, nachdem die Konservativen in den Wahlen von 2011 die absolute Mehrheit der Sitze im Unterhaus gewonnen hatten. So erfolgte im Februar 2012 ein erster Versuch, mit Bill C-30 (*Protecting Children from Internet Predators Act*) die Kompetenzen der Polizei auszubauen. Aufgrund des ungeschickten Agierens des verantwortlichen Ministers und des massiven Widerstands, auf den die Vorlage im Parlament stieß, scheiterte dieser Versuch zunächst. Das Attentat von Ottawa im Oktober 2014 beschleunigte dann die Umsetzung legislativer Maßnahmen, die die konservative Exekutive bereits seit längerem vorbereitete. So wurde am 27.10.2014 C-44 (*Protection of Canada from Terrorists Act*), das die CSIS-Kompetenzen in Kanada wie im Ausland ausdehnt, dem Unterhaus vorgelegt. C-13 (*Protecting Canadians from Online Crime Act*) wurde am 09.12.2014 in Kraft gesetzt; das Gesetz greift wesentliche Inhalte der 2012 gescheiterten Vorlage C-30 auf und

erleichtert den Sicherheitsbehörden den Zugriff auf Metadaten und auf Kundeninformationen, die von Telekommunikationsgesellschaften gespeichert werden. Allerdings wird auch von kritischen Beobachtern eingeräumt, dass die Regierung sich bewegt und mehrere der gegenüber der ersten Vorlage erhobenen Einwände berücksichtigt habe (Interview Michael Geist 2015).

Erheblichen Widerstand nicht nur in den Reihen der Oppositionsparteien, sondern auch bei zivilgesellschaftlichen Organisationen (u. a. Amnesty International) rief die Vorlage für das Antiterrorgesetz C-51 hervor, das am 30.01.2015 in das kanadische Parlament eingebracht wurde, am 06.05.2015 das Unterhaus und am 09.06.2015 den Senat passierte. Nicht zuletzt mit Blick auf die für Oktober 2015 angesetzten Wahlen war die Regierung zunächst darauf bedacht, das Gesetz möglichst schnell zu verabschieden. Es waren so gut wie keine Expertenanhörungen vorgesehen, um so Modifikationen der Vorlage zu verhindern und das Gesetz möglichst schnell durch den Ausschuss für Heimatschutz zu bringen. Diese Vorgehensweise stieß auf heftige Kritik. Der auch in Zusammenhang mit der Debatte um eine effektivere Kontrolle der Geheimdienste zu sehende Druck der Öffentlichkeit führte zum Einlenken der konservativen Partei. Nach mehreren Ausschusssitzungen mit Expertenanhörungen wurde das Gesetz in einigen Punkten abgeschwächt. Am weiteren Ausbau der Kompetenzen des CSIS wurde nichtsdestoweniger weitgehend festgehalten. So äußern kritische Stimmen ihre Sorge darüber, dass der CSIS zu einer neuen „secret police force“ neben der RCMP aufgerüstet werde (Openmedia 2015: 20).

Das Gesetz S-4 (*Digital Privacy Act*) sollte schließlich den PIPEDA reformieren. Der entsprechende Vorschlag stand bereits seit längerer Zeit im Raum und wurde im April 2014 in den Senat eingebracht. Datenschützer bemängeln, dass das Gesetz den Austausch personenbezogener Kundendaten für Unternehmen erleichtert (Interview Charmaine Borg 2015; Interview Michael Geist 2015). Das Gesetz wurde am 18.06.2015 vom kanadischen Parlament verabschiedet.

5 Zusammenfassung

Inhalte und Ergebnisse der in Kanada seit den Enthüllungen Edward Snowdens geführten Debatte zu Fragen der Tätigkeit der kanadischen Nachrichtendienste, deren parlamentarischer Kontrolle und des Schutzes der Privatheit lassen sich in sieben Punkten zusammenfassen:

1. Die Debatte ist im Kontext der politischen Diskussionen um Geheimdienstaktivitäten, Geheimdienstkontrolle und Datenschutz, die bereits seit Beginn der 2000er Jahre geführt werden, zu betrachten.
2. Der auf die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus gerichtete Post-9/11-Diskurs erweist sich in der Debatte gegenüber der Sorge um das unkontrollierte Ausufernde der geheimdienstlichen Überwachung als maßgeblicher Faktor.
3. Snowdens Enthüllungen haben keine unmittelbaren Reaktionen in Form von Gesetzen zur Stärkung des Datenschutzes oder der Geheimdienstkontrolle nach sich gezogen. Vielmehr hat die Harper-Exekutive Befugnisse und Kapazitäten der Geheimdienste in der laufenden Legislaturperiode ausgeweitet.
4. Nicht zuletzt nach dem Schock der Anschläge von Ottawa und Saint-Jean-sur-Richelieu im Herbst 2014 hat die Harper-Regierung ihre sicherheitspolitische Strategie zur Erweiterung der geheimdienstlichen Aufgabenfelder und zum Ausbau der geheimdienstlichen Infrastruktur gezielt vorantreiben können.
5. Für die breitere Öffentlichkeit spielen Geheimdienstkontrolle und Datenschutz allenfalls eine sekundäre Rolle. Die Tagespolitik und auch der aktuell laufende Wahlkampf werden von wirtschaftspolitischen Themen beherrscht, auch wenn das Thema Sicherheit in der Agenda der konservativen Regierung einen hohen Stellenwert hat.

6. Vorschläge, eine effektivere Kontrolle der Geheimdienste durch die Einrichtung eines entsprechenden parlamentarischen Aufsichtsgremiums zu erreichen, haben aufgrund des Widerstands der konservativen Parlamentsmehrheit keine konkreten Ergebnisse zur Folge gehabt.
7. Demgegenüber hat das kanadische Verfassungsgericht in jüngster Vergangenheit wichtige Entscheidungen zur Gewährleistung des Datenschutzes gefällt (*R. v. Spencer*). Die Harper-Regierung lehnt eine Reform der Datenschutzbestimmungen wiederum mit dem Argument ab, nationale Sicherheitsinteressen wahren zu müssen.

Abkürzungsverzeichnis

BCCLA	British Columbia Civil Liberties Association
BND	Bundesnachrichtendienst
CBSA	Canada Border Service Agency
CPA	Canadian Privacy Act
CSEC	Communications Security Establishment Canada
CSIS	Canadian Security Intelligence Service
DFAIT	Department of Foreign Affairs, Trade and Development
FINTRAC	Financial Transactions and Reports Analysis Centre of Canada
FIPA	British Columbia Freedom of Information and Privacy Association
NDP	New Democratic Party
NSA	National Security Agency
OCSEC	Office of the Communications Security Establishment Commissioner
PIPEDA	Personal Information Protection and Electronic Documents Act
RCMP	Royal Canadian Mounted Police
SIGINT	Signals Intelligence
SIRC	Security Intelligence Review Committee

Liste der Interviews

Interview mit Charmaine Borg, (Ottawa, 26.02.2015): NDP-Schattenministerin für Digitale Fragen

Interview mit Carmen Cheung, (Vancouver, 18.09.2014): Senior Counsel bei der British Columbia Civil Liberties Association

Interview mit Wayne Easter, (Ottawa, 24.02.2015): Liberaler Schattenminister für Heimatschutz und ehemaliger Generalstaatsanwalt

Interview mit Leslie Fournier-Dupelle, (Ottawa, 24.02.2015): Expertin im Büro des Bundesdatenschutzbeauftragten

Interview mit Michael Geist, (Ottawa, 25.02.2015): Experte für Internet- und Privatrecht und Professor an der University of Ottawa

Interview mit Vincent Gogolek, (Vancouver, 17.08.2014): Geschäftsführer bei der British Columbia Freedom of Information and Privacy Association

Interview mit Catherine Hart, (Vancouver, 17.09.2014): Direktorin bei der British Columbia Freedom of Information and Privacy Association

Interview mit Peter Kent, (Ottawa, 24.02.2015): Vorsitzender des Verteidigungsausschusses

Interview mit Daryl Kramp, (Ottawa, 27.02.2015): Vorsitzender des Ausschusses für Heimatschutz und nationale Sicherheit

Interview mit Elizabeth May, (Ottawa, 26.02.2015): Vorsitzende der Green Party of Canada

Interview mit Joyce Murray, (Ottawa, 26.02.2015): Liberale Schattenministerin für Verteidigung

Interview mit Christopher Prince, (Ottawa, 24.02.2015): Experte im Büro des Bundesdatenschutzbeauftragten

Interview mit Wesley Wark, (Ottawa, 23.02.2015): Professor (em.) an der University of Toronto und Experte für Fragen des Terrorismus und der nationalen Sicherheit

Schriftliche Quellen

- Associated Press, 2013: *Canadian spies targeted Brazil's mines ministry: report*. CBC News. Online verfügbar unter: <http://www.cbc.ca/news/canadian-spies-targeted-brazil-s-mines-ministry-report-1.1927975> (zuletzt aufgerufen am 21.09.2015)
- Bennett, Colin J./Haggerty, Kevin D./Lyon, David/Steeves, Valerie, 2014: *Transparent Lives: Surveillance in Canada*. Edmonton: Athabasca University Press
- Brede, Falko/Schultze, Rainer-Olaf, 2008: Das politische System Kanadas, in: Rinke, Stefan/Stüwe, Klaus (Hg.): *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 315-341
- Bronskill, Jim, 2014: *Tories dismissive of MP's plan for parliamentary spy watchdog*. The Globe and Mail. Online verfügbar unter: <http://www.theglobeandmail.com/news/politics/tories-dismissive-of-mps-plan-for-parliamentary-spy-watchdog/article16695324/> (zuletzt aufgerufen am 24.09.2015)
- Canadian Press, 2013. *Whistleblower Edward Snowden should surrender to U.S., John Baird says*. CBC News. Online verfügbar unter: <http://www.cbc.ca/news/politics/whistleblower-edward-snowden-should-surrender-to-u-s-john-baird-says-1.2469292> (zuletzt aufgerufen am 23.09.2015)
- Canadian Security Intelligence Service, 2015: *Role of CSIS*. Online verfügbar unter: <https://www.csis.gc.ca/bts/role-en.php> (zuletzt aufgerufen am 26.05.2015)
- Cavoukian, Ann/Deibert, Ron/Clement, Andrew/Des Rosiers, Nathalie, 2013: *Real Privacy means oversight*. The Globe and Mail. Online verfügbar unter: <http://www.theglobeandmail.com/globe-debate/real-privacy-means-oversight/article14332825/> (zuletzt aufgerufen am 24.09.2015)
- CBC News, 2015. *Bill C-51: CSIS oversight body lacks resources, former member Bob rae says*. CBC News. Online verfügbar unter: <http://www.cbc.ca/news/politics/bill-c-51-csis-oversight-body-lacks-resources-former-member-bob-rae-says-1.2948639> (zuletzt aufgerufen am 24.09.2015)
- Communications Security Establishment Canada, 2014: *What we do and why we do it*. Online verfügbar unter: <https://www.cse-cst.gc.ca/en/inside-interieur/what-nos> (zuletzt aufgerufen am 26.05.2015)
- EKOS, 2015: *Voters stuck*. Online verfügbar unter: http://www.ekospolitics.com/wp-content/uploads/full_report_march_13_2015.pdf (zuletzt aufgerufen am 02.06.2015)
- Freeze, Colin, 2013: *Canadian embassies eavesdrop, leak says*. The Globe and Mail. Online verfügbar unter: <http://www.theglobeandmail.com/news/world/canada-involved-in-us-spying-efforts-abroad-leaked-document-says/article15133508/> (zuletzt aufgerufen am 20.09.2015)

- Freeze, Colin/Nolen, Stephanie, 2013: *Charges that Canada spied on Brazil unveil CSEC's inner workings*. The Globe and Mail. Online verfügbar unter: <http://www.theglobeandmail.com/news/world/brazil-spying-report-spotlights-canadas-electronic-eavesdroppers/article14720003/> (zuletzt aufgerufen am 23.09.2015)
- Government of Canada, 1981: *Certain R.C.M.P. Activities and the Question of Governmental Knowledge*. Online verfügbar unter: <http://epe.lac-bac.gc.ca/100/200/301/pco-bcp/commissions-ef/mcdonald1979-81-eng/mcdonald1979-81-eng.htm> (zuletzt aufgerufen am 27.05.2015)
- Government of Canada, 2006: *Report of the Events Relating to Maher Arar. Analysis and Recommendations*. Online verfügbar unter: http://www.sirc-csars.gc.ca/pdfs/cm_arar_rec-eng.pdf (zuletzt aufgerufen am 27.05.2015)
- Government of Canada, 2008: *Internal Inquiry into the Actions of Canadian Officials in Relation to Abdullah Almalki, Ahmad Abou-Elmaati and Muayyed Nureddin*. Online verfügbar unter: <http://www.therenditionproject.org.uk/pdf/PDF%20206%20%5Biacobucci%20Report,%202008%5D.pdf> (zuletzt aufgerufen am 26.05.2015)
- Government of Canada, 2010: *Air India Flight 182: A Canadian Tragedy*. Online verfügbar unter: http://epe.lac-bac.gc.ca/100/206/301/pco-bcp/commissions/air_india/2010-07-23/www.majorcomm.ca/en/reports/finalreport/default.htm (zuletzt aufgerufen am 27.05.2015)
- Government of Canada, 2015: *Constitution Acts, 1867 to 1982*. Online verfügbar unter: <http://laws-lois.justice.gc.ca/eng/const/FullText.html> (zuletzt aufgerufen am 27.05.2015)
- Hildebrandt, Amber/Pereira, Michael/Seglins, Dave, 2015: *CSE tracks millions of downloads daily: Snowden documents*. CBC News. Online verfügbar unter: <http://www.cbc.ca/news/canada/cse-tracks-millions-of-downloads-daily-snowden-documents-1.2930120> (zuletzt aufgerufen am 21.09.2015)
- McDiarmid, Jessica, 2013. *Canada knew U.S. spying on G20: CBC report*. The Toronto Star. Online verfügbar unter: http://www.thestar.com/news/canada/2013/11/27/canada_knew_us_spying_on_g20_cbc_report.html (zuletzt aufgerufen am 23.09.2015)
- Office of the CSE Commissioner, 2013: *Annual Report 2012-2013*. Online verfügbar unter: http://www.ocsec-bccst.gc.ca/ann-rpt/2012-2013/ann-rpt_e.pdf (zuletzt aufgerufen am 03.06.2015)
- Office of the CSE Commissioner, 2014a: *Mandate*. Online verfügbar unter: http://www.ocsec-bccst.gc.ca/mandate/index_e.php (zuletzt aufgerufen am 28.05.2015)
- Office of the CSE Commissioner, 2014b: *Annual Report 2013-2014*. Online verfügbar unter: http://www.ocsec-bccst.gc.ca/ann-rpt/2013-2014/ann-rpt_e.pdf (zuletzt aufgerufen am 03.06.2015)
- Office of the Privacy Commissioner of Canada, 2014a: *Privacy Legislation in Canada*. Online verfügbar unter: https://www.priv.gc.ca/resource/fs-fi/02_05_d_15_e.asp (zuletzt aufgerufen am 29.05.2015)

- Office of the Privacy Commissioner of Canada, 2014b: *Special Report to Parliament. Checks and Controls: Reinforcing Privacy Protection and Oversight for the Canadian Intelligence Community in an Era of Cyber-Surveillance*. Online verfügbar unter: https://www.priv.gc.ca/information/sr-rs/201314/sr_cic_e.pdf (zuletzt aufgerufen am 03.06.2015)
- Office of the Privacy Commissioner of Canada, 2014c: *Annual Report to Parliament 2013-2014. Transparency and Privacy in the Digital Age. Report on the Privacy Act*. Online verfügbar unter: https://www.priv.gc.ca/information/ar/201314/201314_pa_e.pdf (zuletzt aufgerufen am 03.06.2015)
- Office of the Privacy Commissioner of Canada, 2014d: *Annual Report to Parliament 2013. Online Privacy Transparency. Report on the Personal Information Protection and Electronic Documents Act*. Online verfügbar unter: https://www.priv.gc.ca/information/ar/201314/2013_pipeda_e.pdf (zuletzt aufgerufen am 03.06.2015)
- Office of the Privacy Commissioner of Canada, 2014e: *Metadata and Privacy. A Technical and Legal Overview*. Online verfügbar unter: https://www.priv.gc.ca/information/research-recherche/2014/md_201410_e.pdf (zuletzt aufgerufen am 05.06.2015)
- Openmedia, 2015: *Canada's Privacy Plan. A Crowdsourced Agenda for Tackling Canada's Privacy Deficit*. Online verfügbar unter: <https://openmedia.ca/sites/openmedia.ca/files/Final%20-%20Canada%27s%20Privacy%20Plan.pdf> (zuletzt aufgerufen am 03.06.2015)
- Parliament of Canada, 1985: *Privacy Act*. Online verfügbar unter: <http://laws-lois.justice.gc.ca/eng/acts/p-21/page-1.html#h-3> (zuletzt aufgerufen am 08.06.2015)
- Parliament of Canada, 2000: *Personal Information Protection and Electronic Documents Act*. Online verfügbar unter: <http://laws-lois.justice.gc.ca/PDF/P-8.6.pdf> (zuletzt aufgerufen am 08.06.2015)
- Parliament of Canada, 2001: *Bill C-36*. Online verfügbar unter: <http://www.parl.gc.ca/HousePublications/Publication.aspx?DocId=2330951> (zuletzt aufgerufen am 26.05.2015)
- Perkel, Colin, 2013: *CSIS' Unapproved Foreign Spies Put Canadians Abroad At Risk: Judge*. The Huffington Post Canada. Online verfügbar unter: http://www.huffingtonpost.ca/2013/12/20/csis-foreign-spies-canadians-abroad_n_4482461.html (zuletzt aufgerufen am 23.09.2015)
- Raaflaub, Riordan T., 2006: *Civilian Oversight of the RCMP's National Security Functions*. Ottawa: Parliamentary Information and Research Service
- Royal Canadian Mounted Police, 2014: *Organizational Structure*. Online verfügbar: <http://www.rcmp-grc.gc.ca/about-ausujet/organi-eng.htm> (zuletzt aufgerufen am 22.05.2015)
- Security Intelligence Review Committee, 2012: *Origins of SIRC*. Online verfügbar unter: <http://www.sirc-csars.gc.ca/abtprp/ogsogc-eng.html> (zuletzt aufgerufen am 28.05.2015)

- Security Intelligence Review Committee, 2014: *Lifting the Shroud of Secrecy. Thirty Years of Security Intelligence Accountability. Annual Report 2013-2014*. Online verfügbar unter: http://www.sirc-csars.gc.ca/pdfs/ar_2013-2014-eng.pdf (zuletzt aufgerufen am 03.06.2015)
- Stop C-51, 2015: *Open Letter: Principled Conservatives and Libertarians Against Bill C-51*. Online verfügbar unter: <https://killc51.ca/conservative> (zuletzt aufgerufen am 21.09.2015)
- Supreme Court of Canada, 2014: *R. v. Spencer*, SCC 43. Online verfügbar unter: <https://scc-csc.lexum.com/scc-csc/scc-csc/en/item/14233/index.do> (zuletzt aufgerufen am 08.06.2015)
- Trinh, Theresa Do, 2014: *Liberals call for parliamentary oversight of CSIS, CSEC*. CBC News. Online verfügbar unter: <http://www.cbc.ca/news/politics/liberals-call-for-parliamentary-oversight-of-csis-csec-1.2522578> (zuletzt aufgerufen am 24.09.2015)
- Wæver, Ole, 1995: *Securitization and Desecuritization*, in: Lipschutz, Ronnie (Hg.): *On Security*. New York: Columbia University Press, S. 46-86
- Weston, Greg, 2013. *CSEC watchdog muzzled, defanged*. CBC News. Online verfügbar unter: <http://www.cbc.ca/news/politics/csec-watchdog-muzzled-defanged-greg-weston-1.2462279> (zuletzt aufgerufen am 24.09.2015)
- Weston, Greg/Greenwald, Glenn/Gallagher, Ryan, 2013a: *New Snowden docs show U.S. spied during G20 in Toronto*. CBC News. Online verfügbar unter: <http://www.cbc.ca/news/politics/new-snowden-docs-show-u-s-spied-during-g20-in-toronto-1.2442448> (zuletzt aufgerufen am 21.09.2015)
- Weston, Greg/Greenwald, Glenn/Gallagher, Ryan, 2013b: *Snowden document shows Canada set up spy posts for NSA*. CBC News. Online verfügbar unter: <http://www.cbc.ca/news/politics/snowden-document-shows-canada-set-up-spy-posts-for-nsa-1.2456886> (zuletzt aufgerufen am 21.09.2015)
- Weston, Greg/Greenwald, Glenn/Gallagher, Ryan, 2014: *CSEC used airport Wi-Fi to track Canadian travellers: Edward Snowden documents*. CBC News. Online verfügbar unter: <http://www.cbc.ca/news/politics/csec-used-airport-wi-fi-to-track-canadian-travellers-edward-snowden-documents-1.2517881> (zuletzt aufgerufen am 21.09.2015)